

WAHR NEHMUNGEN AUS DER SÄCHSISCHEN GESELL SCHAFT.

6.

7.

8.

10.

12.

13.

15.

14.

3.

2.

1.

28.

27.

26.

25.

24.

23.

22.

21.

19.

18.

20.

17.

16.

**Zwischen
Zuversicht,
Ernüchterung
und
neuen
Perspektiven.**



IM PRESSUM



SACHSEN 2030

Herausgegeben von:

Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie e.V.
(RAA Sachsen e.V.)
Bautzner Straße 45, 01099 Dresden
E-Mail: sachsen2030@raa-sachsen.de
Webseite: www.raa-sachsen.de

Die Wahrnehmungsstudie ist online verfügbar unter:

www.sachsen2030.net

Weitere Druckexemplare können beim Herausgeber angefordert werden.

Dresden, 2019

Projektleitung:

Maren Düsberg, Geschäftsführung, RAA Sachsen e.V., Dresden
Robert Kusche, Geschäftsführung, RAA Sachsen e.V., Dresden

Projektteam und Interviewer*innen:

Stefanie Dittrich, RAA Sachsen e.V., Dresden
Maren Düsberg, RAA Sachsen e.V., Dresden
Dr. Oliver Gnad, Bureau für Zeitgeschehen GmbH, Frankfurt am Main
Tim Greipel, RAA Sachsen e.V., Dresden
Tim Hexamer, RAA Sachsen e.V., Dresden
Robert Kusche, RAA Sachsen e.V., Dresden
Miriam Ludwig, Bureau für Zeitgeschehen GmbH, Frankfurt am Main

Methodische Begleitung und Text:

Bureau für Zeitgeschehen GmbH, Frankfurt am Main
Webseite: www.bureau-fz.eu

Lektorat:

Katharina Wüstefeld

Illustration:

Jennifer Wagner
Webseite: jenniferwagnermedia.com

Satz/Layout/Gestaltung:

www.kollektivdesign.com



Mit Unterstützung der Robert-Bosch-Stiftung und der Freudenberg-Stiftung.

Danksagung	02
Vorwort	04
Prolog: Zwischen Zuversicht, Ernüchterung und neuen Perspektiven	06
1 Ein Konflikt kommt selten allein	16
1.1 Auf dem „Abstellgleis“	17
1.2 Wende ohne Ende	18
1.3 Zuwanderung als „Scheinkonflikt“	22
2 Wirtschaftliche Potenziale umgedacht!	28
2.1 Abwanderung und demographischer Wandel	29
2.2 Unternehmenskultur im Wandel	33
2.3 Kreative Aufbruchstimmung im „Land der Ingenieure“	34
2.4 Nachwehen des Strukturwandels	36
2.5 Leerstelle Digitalisierung	37
3 Bildungshochburg auf dem Prüfstand	38
3.1 Zwischen Anspruch und Wirklichkeit	39
3.2 Strukturelle Versäumnisse im Bildungssystem	40
3.3 Bildung im Schnelldurchlauf	42
4 Homo Oeconomicus vs. Homo Oecologicus	44
4.1 Der Einstieg in den Kohleausstieg	45
4.2 „Erst kommt das Fressen, dann die Moral“	46
5 Demokratie auf „Sparflamme“	50
5.1 Das doppelte Demokratiedefizit	51
5.2 „Mehr Politik mit Plan und weniger nach Plan, bitte“	56
5.3 Innere Sicherheit als Schlüsselthema politischer Ordnung	60
5.4 Starke Polizei = starke Demokratie?	62
6 Startschuss 2.0 für die Zivilgesellschaft	64
6.1 Politische (Mit-)Gestaltung lernen und leben	66
6.2 Überwindung der sozialen Spaltung, Stärkung des Zusammenhalts	70
7 Neue Perspektiven: Zukunftsbilder – Zukunftsvorstellungen	74
Zur Methodik der Studie	84

An dieser Stelle möchten wir all den Menschen danken, die durch Ihre Unterstützung das Gelingen dieser Studie erst möglich gemacht haben.

Wir hoffen, dass die vorliegende Studie einen Beitrag dazu leistet, dass wir die Gegenwart besser verstehen und aufbauend darauf gemeinsam die Zukunft gestalten.

Der Dank geht an das Projektteam, welches hinter der Studienerstellung steht. Erst durch deren kritische Anmerkungen, Ideen sowie die Durchführung der Interviews ist die Studie überhaupt Realität geworden. Insbesondere dem **Bureau für Zeitgeschehen** gilt großer Dank für die methodische Konzeption, die fleißige Schreibearbeit sowie die Beratung in allen Angelegenheiten. **Tim Hexamer, Stefanie Dittrich** und **Tim Greipel** danken wir für die Unterstützung, das kritische Reflektieren sowie die Mitwirkung an der Entwicklung der Inhalte.

Für das Vertrauen in unsere Arbeit und Ideen sowie die finanzielle Unterstützung bedanken wir uns insbesondere bei der **Freudenberg Stiftung** sowie bei der **Robert Bosch Stiftung**.

Besonderer Dank geht dabei an die Geschäftsführerin **Dr. Pia Gerber** für ihre strategische Unterstützung sowie Ermunterung.

Nicht zuletzt gilt unser Dank allen Interviewpartner*innen, die sich diesem Experiment gestellt haben, ihre persönlichen Ansichten mit uns geteilt und mit ihren Meinungen viele Puzzleteile für die in dieser Studie formulierten Thesen geliefert haben. Dies waren, neben denjenigen, die an dieser Stelle anonym bleiben möchten,

Tobias Burdukat, *Dorf der Jugend, Grimma*

Emiliano Chaimite, *Afropa e. V., Dresden*

Christian Kabs, *Fanprojekt Dresden e. V.*

Steffen Kache, *Distillery, Leipzig*

Angela Klier, *Partnerschaft für Demokratie, Aue*

Tino Kögler, *Bürgermeister Stadt Wildenfels*

Janko Mauksch, *Technologie Centrum Chemnitz GmbH*

Daniel Näther, *Zettlitz*

Prof. Dr. Beate Neuss, *TU Chemnitz*

Albrecht Pallas, *Kriminalbeamter/Abgeordneter im Sächsischen Landtag (SPD), Dresden*

Sonja Rehor, *Domowina, Bautzen*

Holger Reinboth, *Bürgermeister Gemeinde Arzberg*

Markus Schlimbach, *DGB-Bezirk Sachsen, Dresden*

Paul Schmole, *Freie Oberschule Bernsdorf*

Thomas Stebich, *August Horch Museum Zwickau gGmbH*

Dr. Ingo Stephan, *Siemens, Görlitz*

Jens Weber, *Technologie Centrum Chemnitz GmbH*

Jutta Wieding, *BUND Regionalgruppe Dresden*

Alle gemeinsam konnten wir so ein Bild eines Bundeslandes zeichnen, das Stärken und Schwächen hat, von innen oft anders wahrgenommen wird als von außen und das viel Potenzial hat.

Maren Düsberg und Robert Kusche

Geschäftsführung RAA Sachsen e. V.

Die in dieser Studie thematisierten Wahrnehmungen sind keine Wahrheiten: Wahrnehmungen sind immer subjektiv und stark von der Zeit und dem Umfeld geprägt, in denen sie entstehen. Das Interesse an Wahrnehmungen steht somit dem Anspruch repräsentativer Umfragen entgegen: Repräsentative Umfragen vermitteln uns die oftmals irreführende Illusion einer allgemeingültigen Wahrheit. Die von ihnen geschaffenen Fakten überschatten dabei jedoch die Lebensrealität vieler Menschen, die ihre persönliche Lebenssituation in den Umfragewerten nicht erfasst sehen.

Vor diesem Hintergrund setzt sich die vorliegende Studie das Ziel, tiefere Einblicke in individuelle Lebensrealitäten zu gewinnen. Ohne Anspruch auf Repräsentativität legt die Studienmethodik den Fokus auf die subjektiven Eindrücke der Interviewpartner*innen, die Rückschlüsse auf gesellschaftliche Zusammenhänge zulassen und uns Aufschluss darüber geben, welche Themen die Menschen in Sachsen „umtreiben“.

In persönlichen Einzelinterviews gingen wir dezidiert den Wahrnehmungen der Befragten nach und analysierten Gemeinsamkeiten und Unterschiede, die sich in den Gesprächen mit Menschen aus ganz verschiedenen Kontexten zeigten. Somit liegen uns nun nicht nur die Konturen aktueller Lebensrealitäten in Sachsen vor. Vielmehr bildet die Wahrnehmungsstudie eine tragfähige Grundlage, um darüber zu diskutieren, wohin uns als Gesellschaft der Weg zukünftig führen soll. Der Auslöser wiederum, sich mit dem Thema Zukunft des Bundeslands zu beschäftigen, waren die unterschiedlichen Ereignisse im Freistaat der letzten Jahre, die uns deutlich gemacht haben, dass Populist*innen sowie Rechtsextremist*innen durch Taten und Worte den Diskurs deutlich nach rechts verschoben haben.

Die Ergebnisse der Bundestagswahl 2017 im Freistaat, wo der über Jahre führenden CDU erstmals durch eine rechtspopulistische Partei der Rang abgelaufen wurde, haben diese Diskursverschiebung deutlich sichtbar gemacht. Viele im Umfeld des Vereins fragten uns damals, wie die Ergebnisse einzuordnen, zu interpretieren und zu erklären seien. Fragen wie: „Ticken wirklich alle Sachsen so?“, „Woher kommen diese Einstellungen, und wie sieht Sachsens Zukunft aus, wenn sich diese Einstellungen mehrheitlich durchsetzen?“ waren an der Tagesordnung. Wir, die selbst vor allem in Projekten in der Demokratiarbeit, im Bildungsbereich sowie im Bereich Anti-Rechtsextremismus tätig sind, kannten und kennen nicht alle Perspektiven. Unterschiedlichen

Studien zufolge gibt es eine teilweise eklatante Unzufriedenheit mit den sozioökonomischen und politischen Verhältnissen in Deutschland sowie in Sachsen. Andererseits aber existiert auch ein großes Interesse an Beteiligung und Veränderungsprozessen.

Wir schließen daraus, dass keine Zwangsläufigkeit besteht, wie sich die Zukunft ausgestaltet, sondern dass wir diese vielmehr aktiv verändern und mitgestalten können. Dazu bedarf es entsprechender Beteiligungsformate, welche eine breite Wahrnehmung erzeugen und unterschiedliche Menschen bis hin zu politischen Entscheidungsträger*innen erreichen.

Wir haben 20 Menschen aus Sachsen interviewt und deren Wahrnehmungen zum Bundesland abgefragt: 15 Männer und 5 Frauen aus den Bereichen Wirtschaft, Gesellschaft, Politik sowie Verwaltung. Wichtig war es uns, Perspektiven aus den Ballungszentren sowie den ländlichen Räumen einzuholen. Es ging uns darum, gemeinsam „Schlüsseltreiber“ zu identifizieren, welche die Eigenschaft haben, Gesellschaften von Grund auf zu verändern. Während unser Projekt „Sachsen2030“ weiterentwickelt wurde und wird – Workshops, Regionalkonferenzen, Treffen mit politischen Entscheidungsträger*innen, Teilhabeformate im digitalen Raum – kann die vorliegende Studie erste Impulse geben und Sie hoffentlich zum Lesen und Diskutieren anregen – und möglicherweise dazu, selbst einen Blick in die Zukunft zu wagen.

Maren Düsberg und Robert Kusche

Geschäftsführung RAA Sachsen e. V.

Prolog: Zwischen Zuversicht, Ernüchterung und neuen Perspektiven

Am 30. September 1811 startete die 23-jährige Wilhelmine Reichard in Dresden zu einer Ballonfahrt, die tausende Schaulustige begleiteten, denn fünf Monate zuvor hatte sie als erste Deutsche den Aufstieg mit einem Freiballon gewagt. Die Fahrt Ende September gestaltete sich jedoch weitaus spektakulärer als die Pionierfahrt: Zunächst erschwerten heftige Windböen den Ballonaufstieg, dann hakete das Gasventil, der Ballon stieg immer weiter auf, bis in 7.800 Metern die Ballonhülle riss und der Ballon abstürzte. Doch die Pionierin überlebte den Sturz: Die Bäume der Sächsischen Schweiz bremsen den Aufprall. Fünf Jahre später startete Wilhelmine Reichard zu weiteren vierzehn Ballonfahrten (Freistaat Sachsen: 2019).

Diese Geschichte verdeutlicht die für die Menschen in Sachsen typische Mentalität des „Anpackens“ und ihre Zielstrebigkeit in der Umsetzung kreativer Ideen – Eigenschaften, die auf für die Veränderung und Gestaltung von Gesellschaften relevant sind. Um in die Zukunft Sachsens blicken zu können, bedarf es jedoch erst einmal eines besseren Verständnisses des gegenwärtigen Umfeldes, aus unterschiedlichen Perspektiven und über Fachgrenzen hinweg.

Um uns vor diesem Hintergrund den Phänomenen und Mustern innerhalb der sächsischen Gesellschaft zu nähern, haben wir die Interviewpartner*innen zu Beginn des Gesprächs nach ihren Assoziationen mit dem Freistaat gefragt: „Wenn auf dem sächsischen Landeswappen ein Tier zu sehen wäre, welches Tier wäre das in Ihren Augen?“. In jedem Fall müsse es ein Tier sein, „das nicht laut brüllt“. Sachsen sei an sich „kräftig und stark“, verhalte sich als Bundesland im deutschlandweiten Vergleich jedoch eher zurückhaltend, manchmal etwas (zu) träge und gemütlich – wie ein Bär, der „Winterschlaf“ hält, so die Assoziation eines Interviewpartners aus Dresden.

Dieser Selbstwahrnehmung entgegenstehend, spottet Christian Ehling vom politischen Satiremagazin Extra3, der Freistaat sei 2018 zum „Schreistaat“ mutiert. Die gewalttätigen Ausschreitungen in Chemnitz im August und September 2018 reihen sich für Außenstehende scheinbar nahtlos in ein Sachsenbild ein, das in der bundesweiten Wahrnehmung von rassistischer Gewalt und Aufrufen zur Selbstjustiz¹ bestimmt wird: „Schon wieder Sachsen“ und „Warum immer Sachsen?“, heißt es da in überregionalen deutschen Medien zu den rechtsextremen Ausschreitungen in Chemnitz.² Dabei präsentiert sich Sachsen in den öffentlichen Statistiken als „Musterschüler“ unter den neuen Bundesländern: Die wirtschaftliche Leistung ist hier am stärksten, die Schüler*innen

„PEGIDA und die AfD sind eine Gefahr für die öffentliche Wahrnehmung Sachsens.“³

im Freistaat schneiden in den PISA-Studien am erfolgreichsten ab, die Tourismuszahlen sind die höchsten und die Arbeitslosenrate die zweitniedrigste (Matthias Bartsch et al.: 2018). Laut der repräsentativen Umfrage Sachsen-Monitor 2018 erweist sich die sächsische Bevölkerung mit ihren persönlichen Lebensumständen als durchschnittlich „sehr zufrieden“ (dimap: 2018). Auch vor diesem Hintergrund erscheint einer Interviewpartnerin, die seit etwa 25 Jahren in Chemnitz lebt, die negative Reaktion von Sachsen auf „Fremdes“ vollkommen unverständlich und steht ihren persönlichen Erfahrungen mit den Menschen im Freistaat entgegen. Diese erlebe sie als regelrecht „reisewütig“ und tendenziell „weltoffen“. Und doch erhält die rechtspopulistische Partei Alternative für Deutschland (AfD), die sich unter anderem durch die rigorose Ablehnung der Migrations- und Flüchtlingspolitik auszeichnet, bei der Bundestagswahl 2017 mit 27 Prozent mehr als doppelt so viele Stimmen in Sachsen wie im bundesdeutschen Durchschnitt (Frank Decker: 2018).⁴ Auch für die diesjährigen Europa- und Kommunalwahlen (26. Mai 2019) sowie die Landtagswahlen (01. September 2019) besteht die Möglichkeit, dass die AfD als stärkste politische Kraft im Freistaat hervorgeht – auch wenn potentielle Bündnispartner eine Regierungskoalition mit der AfD aktuell kategorisch ausschließen. Der hohe Zuspruch zur AfD in Sachsen stützt sich scheinbar auf eine Wählerschaft aus jenen ländlichen Regionen, die stark unter Abwanderung leiden und sich wirtschaftlich abgehängt fühlen (Oskar Niedermayer/ Jürgen Hofrichter: 2016). Im Vergleich zu der Wählerschaft anderer Parteien weisen die Anhänger*innen der AfD ein wesentlich höheres Unzufriedenheitsniveau sowie eine stärkere Nähe zu rechtsextremen Überzeugungen auf (Frank Decker: 2018).

¹ Seit 2011 machten unter anderem die folgenden Ereignisse in Sachsen Schlagzeilen: die Aufdeckung des rechtsextremen Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) als sogenannte Zwickauer Terrorzelle (2011), die Demonstrationen gegen die Aufnahme von Geflüchteten in Schneeberg (2013/14), die ersten PEGIDA-Demonstrationen in Dresden (2014), Bürgerwehren und Angriffe auf Demonstrant*innen, die sich für Asylsuchende einsetzen in Freital (2015), gewaltsame Proteste gegen die Eröffnung einer Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbewerber*innen in Heidenau (2015), die Belagerung eines Flüchtlingsbusses in Clausnitz (2016), Auseinandersetzungen zwischen Geflüchteten und Rechtsextremen in Bautzen (2016).

² „Schon wieder Sachsen“ auf taz.de (Martin Kaul/ Sarah Ulrich: 2018), SPIEGEL-Titelstory „In Sachsen, wo der Hass regiert“ (Matthias Bartsch et al.: 2018).

³ Die vom Projektteam inhaltlich bereits verdichteten Kernaussagen (Interviewinhalte) sind hier als direkte Zitate dargestellt. Details hierzu sind dem Kapitel „Zur Methodik der Studie“ zu entnehmen. Die komplette Datenbank der anonymisierten Kernaussagen ist auf Nachfrage verfügbar.

⁴ Mit dem Wahlergebnis von 27 Prozent liegt die AfD damit sogar einen Hauch vor der CDU (26,9 Prozent), die in Sachsen seit 1990 durchgängig regiert (Frank Decker: 2018).

Sowohl die verbreitete Unzufriedenheit, die Abwanderung aus dem ländlichen Raum, als auch die (gefühlte) wirtschaftliche Schlechterstellung können als Phänomene des existenziellen Strukturwandels der Nachwendezeit interpretiert werden. Sachsen, ein klassisches Industrieland,⁵ war zu DDR-Zeiten von Zusammenschlüssen volkseigener Betriebe (VEB), den Kombinat, geprägt.⁶ Allein die DDR-Bezirke Chemnitz, Dresden und Leipzig produzierten zusammen 40 Prozent der Industriegüter der gesamten DDR.⁷ Im Zuge der wirtschaftlichen Umstrukturierungen nach der Wiedervereinigung brach die industrielle Basis ein, die bis dato mit ihrer Wirtschaftskraft die Kaufkraft und Nachfrage Sachsens geprägt hat. Die Entflechtung der Kombinate und die Privatisierung der entstandenen Einzelbetriebe führte im wiedergegründeten Freistaat ab Juli 1990 zu einer „Verkleinbetrieblichung“ der Wirtschaftsstruktur, die bis in die Gegenwart anhält und im Wesentlichen für lokale Märkte produziert (Burkart Lutz/ Holle Grünert: 1996).

Innerhalb der westdeutschen Eliten herrschte die Annahme vor, dass sich die politische Integration der ostdeutschen Bundesländer und die Umgestaltung der ostdeutschen Wirtschaft gegenseitig verstärken würden. Während die westdeutsche Wirtschaft durch den Zugang zum ostdeutschen Markt boomte, stürzten die Währungsumstellung und die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit ostdeutscher Betriebe die Wirtschaft der neuen Bundesländer jedoch in eine existentielle Krise: „Die ostdeutschen Betriebe verloren ihre regionalen Märkte an die westliche Konkurrenz (...)“ (Bernd Martens: 2010). Im Gegensatz zu Bayern, wo in den 1960er und 1970er Jahren eine vergleichbare „Verkleinbetrieblichung“ erfolgreich realisiert wurde, setzte in den ostdeutschen Regionen ein massiver Entindustrialisierungsprozess ein. Zwei Jahre nach der Wiedervereinigung lag die Industrieproduktion in Ostdeutschland 73 Prozent unterhalb ihres Niveaus von 1989 (Paul Windolf: 2001); schätzungsweise 80 Prozent der Erwerbstätigen in der DDR waren zwischen 1990 und 1995 vom Verlust ihres Arbeitsplatzes betroffen.

Im Kontext dieser wirtschaftlichen Transformation und Massenarbeitslosigkeit bewertet ein Befragter aus Bautzen Unsicherheiten rund um die finanzielle Existenzsicherung noch immer als „die großen Zukunftsfragen“ der Menschen in Sachsen. Offizielle Statistiken, die nicht nur ein starkes Wohlstandsgefälle zwischen Ost- und Westdeutschland offenbaren, sondern vor allem auch die Problematik dauerhafter Armut⁸

als „ostdeutsches Phänomen“, manifestieren wirtschaftliche Unsicherheiten und Ungleichheiten als die prägende Lebenswirklichkeit in Teilen der ostdeutschen Bevölkerung (Dorothee Spannagel: 2018).⁹

Obwohl die Kraft der wirtschaftlichen Dynamik zu DDR-Zeiten Sachsen nach der Wende unter den neuen Bundesländern an der Spitze der ökonomischen Entwicklung etablierte, litt der Freistaat in den 1990er Jahren unter dem zweithöchsten Bevölkerungsverlust Ostdeutschlands. Zum einen sind die sinkenden Bevölkerungszahlen auf ein starkes Geburtendefizit, insbesondere zwischen 1992 und 1997, zurückzuführen (Statistisches Bundesamt: 2019). Zum anderen sah sich der Freistaat nach der Wende mit einer massiven Abwanderungswelle in die westdeutschen Bundesländer konfrontiert – speziell von jungen Menschen und qualifizierten Fachkräften. Allein im Januar 1990 verließen 200 000 Menschen die DDR, um in den westdeutschen Bundesländern Arbeit zu finden (Andreas Baum: 2015).

Der Rückgang der Bevölkerungszahlen in Sachsen von 4,9 Millionen (1990) auf 4,08 Millionen (2015) schlägt sich in einer veränderten Altersstruktur nieder. Während 1990 das Durchschnittsalter der sächsischen Bevölkerung 39,4 Jahre betrug, kletterte es bis 2015 auf 46,6 Jahre.¹⁰ Bis zum Jahr 2030 wird eine fortschreitende Überalterung der sächsischen Gesellschaft prognostiziert: Das Durchschnittsalter soll dann zwischen 47,6 und 48,1 Jahren liegen (Sächsische Staatskanzlei: 2019).

⁵ Bereits im 19. Jahrhundert zählte Sachsen zu den weltweit am stärksten industrialisierten Regionen: Am 8. April 1839 wurde die erste deutsche Fernverbindung zwischen Leipzig und Dresden eröffnet. Mit der „Saxonia“ war auf dieser Strecke die erste in Deutschland (Dresden-Übigau) hergestellte Lokomotive im Einsatz (Deutsches Historisches Museum: 2010). Auch die Eröffnung der Bergbauakademie als erste montanwissenschaftliche Hochschule der Welt 1765 steht stellvertretend für das traditionell hohe Industrialisierungsniveau Sachsens (Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung: 2005).

⁶ Im Vergleich zur Bundesrepublik, in der nur etwa 39,3 Prozent der arbeitenden Bevölkerung in Betrieben mit mehr als 1 000 Mitarbeiter*innen beschäftigt waren, betrug dieser Wert in der DDR 75,7 Prozent (Bernd Martens: 2010).

⁷ Unter anderem wurde der Trabant, das meistverkaufte Auto in der DDR, in Zwickau montiert (Bernd Martens 2010).

⁸ Als „dauerhaft arm“ gelten jene Haushalte, deren verfügbares Einkommen über einen Zeitraum von fünf Jahren durchgehend unterhalb der Armutsgrenze liegt (Dorothee Spannagel: 2018).

⁹ Entgegen der Annahme, dass dauerhafte Armut in Ostdeutschland ein direktes Wendephänomen sei, zeigen die Daten vielmehr, dass sich die Lage in den neuen Bundesländern seit 2005 – im Vergleich zu den alten Bundesländern – „massiv“ verschlechtert hat: Während in Westdeutschland die relative Anzahl der dauerhaft in Armut lebenden Haushalte von 2001 bis 2015 mit etwas über 5 Prozent annähernd gleich bleibt, steigt ebene Quote in den ostdeutschen Bundesländern von 4,37 Prozent (2001 bis 2005) auf aktuell 6,38 Prozent (Dorothee Spannagel: 2018).

¹⁰ 2015 lag das gesamtdeutsche Durchschnittsalter bei 45 Jahren. Bis 2030 soll dieser Wert auf 47 Jahre ansteigen (Peter-Philipp Schmitt: 2017; Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung: 2012).

„Hoyerswerda ist für uns der Ort, von dem wir schon lange weggezogen sind.“

In Kombination mit dem Rückgang der Braunkohleförderung seit den 1990er Jahren (Statistik der Kohlenwirtschaft: 2017) zeigt sich das Schrumpfen ostdeutscher Städte nach der Wiedervereinigung am Beispiel der Stadt Hoyerswerda. 1956 wurde die bis dahin 7 500-Einwohner-Stadt zum Wohnort der ersten Arbeiter*innen des „VEB Gaskombinats Schwarze Pumpe“, dem bis 1989 größten Braunkohleveredelungsbetrieb der Welt. Dem massiven Zuzug wurde mit der Ablösung des traditionellen Stein-auf-Stein-Bauens begegnet: 1957 entstand in Hoyerswerda die erste sozialistische Plattenbausiedlung, die zum Vorbild und Maßstab für das industrialisierte Bauen in der DDR aufstieg. In der Platten-Neustadt von Hoyerswerda lebten Anfang der 1980er Jahre mehr als 56 000 der bis dahin auf 70 000 Einwohner*innen angewachsenen Stadt. Mit dem Einbruch der Gas-, Kohle- und Brikettindustrie nach der Wiedervereinigung und dem Verlust von 12 000 Arbeitsplätzen schrumpfte die Stadt drastisch (Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung: 2005). Heute zählt Hoyerswerda noch etwas über 34 000 Einwohner*innen (Stadt Hoyerswerda: 2018). Schätzungsweise 5 000 Wohnungen der Plattenbausiedlung stehen leer.

Das Phänomen des demographischen Wandels trifft die Oberlausitz und das Erzgebirge besonders stark: Die niedrigen Geburtenraten und die Abwanderung in die sächsischen Kernstädte Leipzig und Dresden sowie die alten Bundesländer lassen den Anteil der 60- bis 65-Jährigen dort auf über 8 Prozent steigen, während die Bevölkerungsgruppe der 20- bis 25-Jährigen weniger als 3 Prozent ausmacht (Bastian Benrath: 2018).

Im Jahr 2013 zeigt sich das Verhältnis von Ab- und Zuwanderung in Sachsen erstmalig ausgeglichen (Berlin-Institut für Bevölkerungsentwicklung: 2018). Während der ländliche Raum zwar weiter an junger Bevölkerung verliert, scheint der Freistaat junge Menschen an die Universitäten und Hochschulen in Leipzig, Dresden, Freiberg und Mittweida zu ziehen. Entgegen früherer Trends wird Sachsen auch für Berufseinsteiger*innen zunehmend attraktiver: Im Jahr 2018 ist die Zahl der Absolvent*innen, die in Sachsen in den Beruf starten, erstmals gleich mit der Anzahl jener, die die den Freistaat für einen Berufseinstieg verlassen. Das Bundesland scheint insbesondere mit seinen wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Stärken in den Bereichen Mathematik, Technik und Ingenieurwissenschaften eine große Anziehungskraft auf junge Menschen auszuüben.

Die Qualität des Bildungswesens, die solide Wirtschaftslage sowie attraktive Arbeitsbedingungen ziehen auch verstärkt Studierende und Berufseinsteiger*innen aus dem Ausland an.¹¹ Die von kleinen und mittelständischen Unternehmen geprägte Wirtschaft zeigt sich im Gegenzug für die Integration ausländischer Fachkräfte scheinbar zunehmend offen. Offizielle Berichte argumentieren, dass der hohe Bedarf an Mediziner*innen ohne die Zuwanderung von Fachkräften aus dem Ausland – hierbei vor allem aus Tschechien, Polen und Syrien – bereits heute kaum mehr zu bewältigen sei (Berlin-Institut für Bevölkerungsentwicklung: 2018).

¹¹ Die TU Chemnitz hat, laut eines Befragten aus dem Wirtschaftsbereich, mit 25 Prozent den höchsten Anteil ausländischer Studierender unter den sächsischen Hochschulen. Deutschlandweit liege die TU damit unter den Top Ten. Insgesamt kommt mittlerweile fast jede*r neunte Absolvent*in in Sachsen aus dem Ausland (Berlin-Institut für Bevölkerungsentwicklung: 2018).

Die positiven Entwicklungstendenzen im Freistaat spiegeln sich offenbar in den Zukunftserwartungen der Menschen in Sachsen wieder: Drei Viertel der sächsischen Bevölkerung blicken – laut der repräsentativen Umfrage Sachsen-Monitor 2018 – optimistisch in die Zukunft. Insbesondere die eigene wirtschaftliche Lage bewerteten vier aus fünf Befragten als „sehr gut“ oder „eher gut“. Jedoch schätzt jede/r fünfte Befragte in Sachsen die Gefahr eines sozialen Abstiegs als „hoch“ und „eher hoch“ ein, und 61 Prozent der Befragten sorgen sich, dass es den zukünftigen Generationen in Deutschland schlechter gehen könnte.

Individuelle Zweifel an der Beständigkeit zufriedenstellender Lebensumstände scheinen auf der Wahrnehmung sozialer Ungleichheiten in der Gesellschaft zu beruhen. Eine Zunahme der Gegensätze zwischen „arm“ und „reich“ wird in Sachsen, dem Sachsen-Monitor 2018 zufolge, als größte Zukunftssorge empfunden. Vermeintlich eng damit verknüpft, steigt die Befürchtung, dass der soziale Zusammenhalt in der Gesellschaft verloren gehen könnte. Den Abbau sozialer Ungleichheit sehen die Menschen fast durchweg als „sehr wichtig[e]“ und „eher wichtig[e]“ Aufgabe der Regierung, um das Funktionieren der Demokratie zu gewährleisten. Nur jede/r fünfte Befragte betrachtet diesen Aspekt allerdings als umgesetzt. Bei generell hohem Zuspruch zur Demokratie als Regierungsform ergibt sich hieraus möglicherweise das relativ große Misstrauen der Befragten in die Landes- und Bundesregierung im Vergleich zu anderen demokratischen Institutionen (dimap: 2018).¹²

Auch im Rahmen der Gespräche wird ein zum Teil problematisches Vertrauensverhältnis zwischen den Bürger*innen und der politischen Elite Sachsens thematisiert. Soziale Ungleichheit und wirtschaftliche Unsicherheit prägen für einige Bevölkerungsgruppen seit der Wende die Lebensrealität im Freistaat und überschatten damit die Hoffnungen, die im Zuge der Wiedervereinigung an Demokratie und Marktwirtschaft geknüpft wurden: „Es gehört zu den Gründungsversprechen der deutschen Demokratie, dass sich jede und jeder kraft eigener Leistung, flankiert von sozial- und bildungspolitischen Maßnahmen, einen Platz in der Mitte der Gesellschaft sichern kann“, heißt es im Verteilungsbericht 2018 des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung. Während individueller Reichtum im Zuge des Zweiten Weltkriegs in Deutschland als nicht mehr existent galt, wurde die substanzielle Armut der Nachkriegsjahre in weiten Kreisen

der Gesellschaft als vorübergehendes Phänomen betrachtet (Dorothee Spannagel: 2018). Ebenso wie diese Vorstellung in Westdeutschland im Laufe der Jahrzehnte immer weiter erodierte, blieb auch die Lebensrealität der ostdeutschen Bevölkerung nach der Wiedervereinigung weit hinter diesen Erwartungen („Gründungsversprechen“) zurück. Statt der Wahrnehmung eines politischen Rahmens für soziale Absicherung, eines niedrigen Armutsrisikos und der Möglichkeit des sozialen Aufstiegs („die Kinder werden es später einmal besser haben“), war die Nachwendezeit für vielen Menschen in Ostdeutschland von einem hohen Maß (wirtschaftlicher) Unsicherheit geprägt. Eine Befragte, die im Ruhrgebiet aufgewachsen ist, betont, dass „der dramatische Wandel“ im Zuge der Wiedervereinigung nicht hoch genug einzuschätzen sei: Im Alltag der ostdeutschen Bevölkerung war „nichts mehr so (...), wie es vorher war: Die Menschen hatten nicht mehr das gleiche Bankkonto, waren unsicher, wo sie ihr Geld anlegen sollten und wie beispielsweise die Gesundheitsversorgung und der Arbeitsmarkt“ funktionierten. „Und das soll Demokratie sein?“, fasst Petra Köpping, die sächsische Staatsministerin für Gleichstellung und Integration, in ihrer Rede zum politischen Reformationstag 2016 die enttäuschten Erwartungen der ostdeutschen Bevölkerung nach der Wiedervereinigung zusammen. Die Marktwirtschaft traf Sachsen vermeintlich hart und dem sich im Aufbau befindenden demokratischen Staat misslang es, die „Auswüchse des Umbruchs“ für die Menschen im Freistaat abzufangen.

¹² Es ist zu vermuten, dass der Abbau sozialer Ungleichheit auch in Zukunft ein Thema sein wird, das das Vertrauen in politische Institutionen in Sachsen bestimmt. Der Verteilungsbericht 2018 attestiert steigende Einkommensunterschiede sowie eine stärker auseinanderdriftende Lebensrealität von Menschen, die in Armut leben, der Mittelschicht sowie der als reich geltenden Bevölkerung (Dorothee Spannagel: 2018).

„Die Wende wird von vielen Menschen in Sachsen vor allem mit dem Kapitalismus und weniger mit der Demokratie verbunden.“

In annähernder Übereinkunft betrachten die Interviewpartner*innen das Ankommen in der Demokratie als (noch) „langen Weg“. Eine besondere Funktion zur Beschleunigung dieses Prozesses sieht ein befragter Dresdner in der Vermittlung von Pluralismus sowie den Regeln der Meinungsfreiheit als Grundlage von Demokratie.

Kurz bevor sich im Herbst 2019 das Jubiläum des Mauerfalls zum dreißigsten Mal jährt, zeichnet sich in den geführten Gesprächen der deutliche Wunsch ab, das Bild von Sachsen in der Selbst-, vor allem aber auch in der Fremdwahrnehmung zu differenzieren und die gesellschaftlichen „Energien“ nach vorn zu lenken. Die in den Interviews gestellte Frage nach einem Tier, das mit Sachsen vergleichbar wäre, verdeutlicht die Potenziale und Herausforderungen für ein zukünftiges Handeln besonders anschaulich.

Ogleich der Freistaat „nicht die Eigenschaften eines Pfaus besitzt, der herumkokettiert und sehr präsent ist“, verfügt die sächsische Gesellschaft über Kräfte, die – in der Ansicht eines Wirtschaftsvertreters – bislang nicht vollständig ausgeschöpft werden. Neben den wirtschaftlichen Stärken, dem kulturellen Angebot der Städte und den schönen Landschaften, die zunehmend mehr Tourist*innen anziehen, zeichneten sich die Menschen in Sachsen durch eine vermeintlich hohe Arbeitsmoral und Teamfähigkeit aus: Wie Bienen, die man wenig hört und sieht, bauten sie „fleißig ihren Bienenstock auf“, so ein Interviewpartner aus Chemnitz. Die eher zurückhaltende Präsentation der sächsischen Potenziale führt in den Augen einer Befragten jedoch dazu, dass Sachsen deutschlandweit als eher „haariges Thema“ wahrgenommen werde: Der Freistaat zähle nicht zu den Bundesländern mit dem besten Image – wie ein Dachs, der ebenfalls nicht zu den Beliebtesten und Freundlichsten im Tierreich gehöre.

Aus der Gesamtheit der Gespräche ergibt sich der Eindruck, dass die große Aufgabe Sachsens ein „Imagewandel“ sein muss: Denn aktuell steht die öffentliche (zum Teil auch medial erzeugte) Wahrnehmung Sachsens den Lebensrealitäten der Befragten teilweise diametral entgegen. Gleichzeitig bedarf es in den Augen der Befragten zielgerichteter Kooperationen zwischen Kreativen aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft

und Politik, um konstruktive Lösungen für die gravierenden gesellschaftlichen Herausforderungen Sachsens zu finden. Die derzeit stark wahrgenommene Polarisierung der sächsischen Gesellschaft müsse dabei nicht unbedingt ein Hindernis sein, so ein Interviewpartner aus Dresden. Die aktuellen gesellschaftlichen Konflikte führten in seinen Augen zu einer willkommenen Politisierung, die die Chance berge, neue Handlungsspielräume zu eröffnen sowie einen größeren Teil der Bevölkerung gesellschaftlich zu mobilisieren.

Die Einblicke der insgesamt 20 Befragten liefern uns vor diesem Hintergrund eine Momentaufnahme der sächsischen Gesellschaft und spiegeln die Zuversicht und Ernüchterung der letzten dreißig Jahre wieder. Gleichzeitig eröffnen die Gespräche neue Perspektiven als Grundlage für gesellschaftliches Entscheiden, Handeln und Gestalten in der Zukunft.

**„Sachsen ist für mich
ein Bär, Sachsen hat
etwas großes Stattliches
und Wahrnehmbares -
und trotz aller Probleme
etwas Kuscheliges.“**



1

1 Ein Konflikt kommt selten allein

In diversen Gesprächen thematisieren die Befragten ihre Sorge um die Verhärtung bereits schwelender gesellschaftlicher Konflikte – allen voran die Zunahme sozialer Ungleichheit und die Verstärkung der gesellschaftlichen Polarisierung. Aus diesen Stimmen ist eine tiefe Verunsicherung dahingehend herauszuhören, dass Konfliktlinien ohne gemeinsames Handeln von Politik und Gesellschaft in der Zukunft womöglich nicht mehr aufzuweichen seien. Zur Bearbeitung dieser Konflikte fordert ein Befragter aus Mittelsachsen eine grundsätzliche Haltungsänderung der Gesellschaft hin zu mehr Dialog- und Kompromissbereitschaft.

Auch wenn die gesellschaftliche Polarisierung in Sachsen nicht als Einzelfall wahrgenommen wird, sondern als allgemeine Entwicklung im gesamten Bundesgebiet, erscheinen Kontroversen, beispielsweise um innere Sicherheit oder die Verteilung von (finanziellen) Ressourcen, mittlerweile als ein fester Bestandteil des Zusammenlebens. Diese Beobachtung löste bei einem Befragten aus der Kinder- und Jugendarbeit ein „drückende[s] Gefühl“ aus.

„Wenn ich an Sachsen denke, dann denke ich an gesellschaftliche Konflikte, die zum Teil seit langer Zeit schwelen und wiederum Ursache für weitere aktuelle Konflikte sind.“

1.1 Auf dem „Abstellgleis“

Kaum ein*e Interviewpartner*in lässt Zweifel daran, dass Sachsen auch heute noch die Folgen der politischen Umbrüche von 1989/90 spürt. Nach der Wiedervereinigung wurde der Freistaat als Niedriglohnstandort entwickelt und beworben. Ein Mitglied der Polizeigewerkschaft GdP kritisiert die hiesige Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik nach 1990, die er als Ursprung für Ungerechtigkeit und Benachteiligung in Sachsen identifiziert. Wie „Neoliberalismus in reinster Form“ hätten sich die Unternehmen in Sachsen in einem ungezügelter Wettbewerb wiedergefunden, der zwar neue Arbeitsplätze geschaffen habe, allerdings zu „extrem schlechten Konditionen“, wie er erklärt. Für die Menschen in Sachsen sei nach dem Übergang von der DDR-Planwirtschaft zur Marktwirtschaft der Bundesrepublik ein Gefühl der Demütigung und eines Verkaufs „unter Wert“ geblieben.

„Nach der Wende hatten viele Ostdeutsche das Gefühl, dass das bisher Geleistete entwertet wurde. Dieses Gefühl trägt zur allgemeinen Wahrnehmung von Benachteiligung bei.“

Die empfundene Benachteiligung manifestiert sich beispielsweise in der DDR-Regelung von zusätzlichen Betriebsrenten für Eisenbahner und Krankenpfleger*innen, erläutert ein Befragter aus Dresden. Seit nun bald dreißig Jahren sei unklar, wie mit dieser einst garantierten Zusatzrente verfahren werden solle, die sich speziell an jene Berufsgruppen mit niedrigen gesetzlichen Renten richtete. Bei den Betroffenen, die dem Rentenalter nun näherkommen, entstehe durch den jahrelangen Streit nicht nur eine Unsicherheit hinsichtlich ihrer zukünftigen finanziellen Situation, sondern auch das Gefühl der Entwertung ihrer Lebensleistung.

In diversen anderen Gesprächen wird zudem auf jene Menschen in Sachsen verwiesen, denen es nie richtig gelungen sei, auf dem Arbeitsmarkt des wiedervereinigten Deutschlands Fuß zu fassen. Die direkten Folgen davon seien auch hier nicht nur wirtschaftlicher Natur, sondern auch sozialer: Die Entwertung beruflicher Laufbahnen, aufsteigende Perspektivlosigkeit und Langzeitarbeitslosigkeit mündeten nicht selten in einen Verlust des gesellschaftlichen Status.

1.2 Wende ohne Ende

Auch fast dreißig Jahre nach der Wende sind es noch immer die Kategorien „Ost“ und „West“, die als Erklärungsansätze für die deutschlandweiten Ungleichheiten in den Statistiken herangezogen werden. In der Relation zu anderen ostdeutschen Bundesländern präsentiert sich Sachsen im ost-westdeutschen-Vergleich relativ solide: Seit 2012 übersteigt die Zahl der Zuwanderungen aus Deutschland nach Sachsen die der Abwanderungen aus Sachsen in andere Bundesländer (Statista: 2019).¹³ Gleichzeitig präsentieren sich das Bruttoinlandsprodukt und das Lohnniveau in Sachsen als am höchsten unter den ostdeutschen Bundesländern (Bundesministerium für Wirtschaft und Energie: 2018). Jedoch hinken die „neuen“ Bundesländer – und mit ihnen Sachsen – im gesamtdeutschen Vergleich weiter hinterher. Das Wachstum der Wirtschaft scheint im Osten nicht stark genug, um den Abstand zum westdeutschen Durchschnitt dauerhaft zu verringern (Daniel Eckert: 2018). In der Wahrnehmung der Befragten erweist sich die wirtschaftliche

Ungleichheit als omnipräsentes Thema. Hierbei sei die starke Abhängigkeit der ostdeutschen Bundesländer von der westdeutschen Wirtschaftsstruktur wesentlich, urteilt ein Gewerkschaftsmitglied aus Dresden: Die traditionell kleinteilige Unternehmens- und Branchenstruktur in Sachsen gelte als „verlängerte Werkbank“ der großen Konzerne im Westen der Republik. Dadurch entstünden dem Freistaat nicht nur Nachteile mit Blick auf Arbeitsplätze und Forschung, sondern auch hinsichtlich der Sozialstruktur. Damit werde die frühere Perspektivlosigkeit der Wendegeneration – zumindest in der Wahrnehmung vieler Befragter – nun auch auf die Nachwendegeneration übertragen.

„Ein Grund für mangelnde Vermittlung in Arbeit ist mit Sicherheit die Wende. Aber das Schlimme ist, dass es jetzt schon die nächste Generation gibt, die im gleichen Boot sitzt.“

Mit einer Jugendarbeitslosigkeit von 5,9 Prozent (Dezember 2018) liegt Sachsen über dem deutschlandweiten Durchschnitt von 4,1 Prozent (Statista: 2019).¹⁴ Allerdings scheint das weitaus negativere Bild mit einer vermeintlich hohen Abwanderung von jungen Menschen zusammenzuhängen. Befragte aus unterschiedlichen Landkreisen beobachten, dass noch immer viele junge und gut ausgebildete Menschen in großer Zahl in den Westen abwandern – aufgrund der dortigen Vielfalt an Beschäftigungsperspektiven sowie der höheren Gehälter. Ihr Beitrag zu Innovation und Wirtschaftskraft fehle dementsprechend in Sachsen. Potenziell ländliche Regionen und kleinere Städte scheinen mit „Nachwuchsproblemen in allen Bereichen“ konfrontiert, so ein Interviewpartner aus Bautzen. Insbesondere in der Digitalisierung sieht ein Befragter aus der freien Wirtschaft jedoch die Chance, neue Arbeitsplätze – gerade auch in ländlichen Regionen – zu schaffen und durch attraktive Wohnumgebungen gerade junge Menschen anzusprechen.

¹² Die generelle Arbeitslosenquote (Dezember 2018) beträgt in Deutschland 5,2 Prozent (Statista: 2019).

¹³ 55 Prozent sind aus beruflichen Gründen nach Sachsen gezogen. Über die Hälfte dieser Gruppe verfügt mit einem Fach- oder Hochschulabschluss über ein hohes Bildungsniveau. Aufgrund des noch immer vergleichsweise niedrigen Lohnniveaus in Sachsen geben allerdings nur 33 Prozent der Zugewanderten an, dauerhaft in Sachsen bleiben zu wollen, obwohl wiederum 73 Prozent angeben, dass sich ihre berufliche Situation in Sachsen verbessert hat oder gleich geblieben ist (BLICK: 2017).

„Junge Menschen sind auf der Suche nach Städten, in denen viel los ist. In Sachsen gilt das für Leipzig, vielleicht auch noch für Dresden, weniger für Chemnitz und schon gar nicht für die ländlichen Regionen.“

In diesem Zusammenhang ist auffällig, dass die Abwanderung seit 2016 sinkt, in fast allen Landkreisen des Freistaats lässt sich ein positiver Wanderungssaldo feststellen. Dennoch beobachtet ein Befragter, der in der Wirtschaftsförderung tätig ist, eine pessimistische Einstellung hinsichtlich der Zukunftsperspektiven in Sachsen. Häufig hätten viele dieser Menschen eine „gebrochene Ostbiografie“. In vielen Fällen basiere die negative Einschätzung auf der Erfahrung, dass die eigenen (Enkel-)Kinder den Freistaat noch immer Richtung Westen verließen. Aus Sicht des Interviewpartners werde sich diese erst dann wandeln, wenn es den eigenen (Enkel-)Kindern vor Ort in Sachsen bemerkbar besser gehe als ihrer Elterngeneration. Die steigende Zuwanderung aus anderen Bundesländern, die bereits jetzt wachsende Möglichkeiten im Freistaat andeutet, wird möglicherweise deshalb zu wenig wahrgenommen, weil sie scheinbar nicht das direkte Umfeld betrifft. Zudem zeigen sich mit Blick auf Zu- und Abwanderung starke regionale Unterschiede, sodass der positive Wanderungssaldo in den Städten Leipzig und Dresden wesentlich ausgeprägter ist als in Chemnitz und den ländlichen Regionen.

„Es gibt die Wahrnehmung, dass die Sachsen nicht ihren gerechten Teil abbekommen.“

Für einen Interviewpartner aus Dresden äußert sich die politische Ungerechtigkeit darin, dass die Wiedervereinigung aus der Sicht der ostdeutschen Bundesländer vielmehr ein „Beitritt“ in das westdeutsche System war als eine „Vereinigung“. Für eine tatsächliche „Wiedervereinigung“ habe es ihm an Diskussionen auf Augenhöhe gefehlt über die Rahmenbedingungen in Ostdeutschland und über geeignete Optionen, wie diese mit dem westdeutschen System hätten harmonisiert werden können. Während sich die „äußere“ deutsch-deutsche Vereinigung jedoch relativ zügig vollzog, schien innerhalb des „Integration[sprozesses] der ostdeutschen Gesellschaft in die westdeutsche Mehrheitsgesellschaft“ unterzugehen, dass „zwei Welten, Kulturen und Lebenswirklichkeiten aufeinander[prallten]“ (Annika Michalski: 2019): „Nach 40 Jahren Trennung gibt es kulturelle Unterschiede [zwischen den Menschen in Ost- und Westdeutschland, Anm.]. Diese müssen herausgearbeitet und

benannt werden, damit sie bearbeitet werden können“, findet ein in der Kommunalpolitik aktiver Interviewpartner. In den Augen des Befragten seien diese vielschichtigen Transformationen in Ostdeutschland bis heute noch nicht abgeschlossen. Hieraus ergibt sich offenbar auch der Wunsch einer Vielzahl der Befragten, die eigene „ostdeutsche“ Identität tiefergehend zu diskutieren: Was ist „Ostdeutschland“ – und welchen Stellenwert hat es in der deutschen Gesellschaft? Eine Basis für eine ernsthafte Debatte über die Unterschiede und damit auch über die Identität Ostdeutschlands sieht der Dresdner erst seit kurzer Zeit gegeben. Vorher seien Einwände gegen den Prozess der Wiedervereinigung als „Jammern“ oder „DDR-Nostalgie“ abgetan worden. Um die bislang fehlende soziale und kulturelle Anerkennung der Ostdeutschen zu kompensieren, wünscht sich ein Interviewpartner aus Görlitz, dass der Bund die Umsetzungsverantwortung politischer und wirtschaftlicher Themen¹⁵ „auch mal an [den] neuen Bundesländer[n]“ ansiedle. Das würde den Menschen in den ostdeutschen Bundesländern Vertrauen demonstrieren. Stattdessen besteht innerhalb der ostdeutschen Bevölkerung – in der Wahrnehmung einer Befragten aus Chemnitz – bis heute das Gefühl fort, „Bürger zweiter Klasse“ zu sein. Obwohl die eigenen Lebensumstände von den Menschen in Sachsen mehrheitlich als sehr zufriedenstellend bewertet werden und beispielsweise auch die Arbeitslosigkeit in Sachsen historische Tiefstwerte erreicht (MDR: 2018), scheint innerhalb der sächsischen Gesellschaft eine wahrgenommene Benachteiligung vorzuherrschen, die sich in einem Bild von „Mit uns kann man es ja machen.“ äußert. Laut der Interviewpartnerin verstärkt sich das Gefühl von Ungleichheit dadurch, dass in den Medien Eindrücke von Menschen in (West-)Deutschland vermittelt würden, die „in einem Jahr so viel verdienen wie andere in ihrem ganzen Leben“, während die Menschen in Ostdeutschland sich sowohl mit Blick auf die Höhe der Rentenzahlungen als auch hinsichtlich der Verteilung von Geflüchteten und Asylsuchenden auf die Bundesländer benachteiligt fühlten. Diese Stimmungslage innerhalb der ostdeutschen Bevölkerung schüre, in den Augen der Befragten, auf lange Sicht Zukunftsängste und schwäche den sozialen Zusammenhalt innerhalb der gesamtdeutschen Bevölkerung.

¹⁵ Ganz im Sinne des Befragten hat die Bundesregierung im Januar 2019 angekündigt, dass die neue Bundesbehörde für Innovation in der Cybersicherheit im Raum Halle/Leipzig angesiedelt wird. Die neue Agentur soll in den kommenden fünf Jahren mit insgesamt 200 Millionen Euro ausgestattet werden und bis 2023 etwa 100 Mitarbeiter*innen beschäftigen (Deutsche Welle: 2019).

1.3 Zuwanderung als „Scheinkonflikt“

In der repräsentativen Umfrage Sachsen-Monitor 2018 nimmt das Themenfeld „Asylpolitik/zu viele Ausländer/Überfremdung“ Platz 3 unter den als am wichtigsten wahrgenommenen Problemen in Sachsen ein (dimap: 2018) – dabei liegt der Ausländeranteil in Sachsen mit 4,2 Prozent weit unter dem bundesdeutschen Durchschnitt von 11,2 Prozent (Geschäftsstelle des Sächsischen Ausländerbeauftragten: 2019).

In den geführten Gesprächen wird das Thema „Migration, Zuzug, Asyl“ zwar meist angeschnitten, in Umfang und Tiefe halten sich die Befragten jedoch erstaunlich kurz. Dadurch entsteht einerseits der Eindruck, dass die Interviewpartner*innen die Debatte in einer Abfrage von aktuellen Wahrnehmungen über Sachsen nicht ausblenden können. Andererseits scheint es, als wollten die Befragten es vermeiden, die in den Medien als überpräsent empfundene Diskussion in den Interviews fortzusetzen. Die gesellschaftliche Polarisierung in diesem Themenfeld wird dabei von vielen Befragten eher als „Symptom“ anderer sozialer Konfliktlinien betrachtet und weniger als eigenständiger Konflikt: Zuwanderung scheint eher als Projektionsfläche („Scheinkonflikt“) für die vielen ungelösten Konfliktursachen rund um die vermeintliche Ungleichheit sozioökonomischer Verhältnisse sowie das mangelnde Vertrauen der Sachsen in die Handlungsfähigkeit von Regierung und Verwaltung zu dienen.

„Die Hauptkonfliktlinie in der sächsischen Gesellschaft würde ich nicht zwischen Migranten und den Einheimischen sehen, da es hier einfach sehr wenige Migranten gibt.“

Im Kontext dieses „Scheinkonflikts“ sieht ein Befragter aus der Wirtschaft die Zugewanderten in Sachsen „als wenig ins Gewicht fallende Gruppe“, durch die er keine Veränderungen wahrgenommen habe. Ihm scheint es zudem zweifelhaft, dass eine derart niedrige Ausländerquote zu einer spürbaren Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt führe oder das Bundesland durch eine „fremde Religion“ verändert werde. Diese beiden Themen betrachtet er in der aktuellen Debatte um Migration als die prägnantesten Ängste der Menschen in Sachsen. In Rückbesinnung auf die deutsch-deutsche Vergangenheit gibt ein

Mitarbeiter eines Technologiekonzerns zu bedenken, dass „der Wirtschaftsflüchtling zwanzig Jahre lang aus dem Osten [kam]“. Dieses Bewusstsein vermisse er in der aktuellen Debatte.

„Ich finde, das Thema Asyl verdient nicht den Raum, den es derzeit im negativen Sinne einnimmt.“

Vor diesem Hintergrund ringen die Befragten in den geführten Gesprächen um Erklärungsansätze, warum die Angst vor Überfremdung in Sachsen dennoch so präsent ist. Ein Deutungsversuch thematisiert die tiefe Unsicherheit, die sich aus der begrenzten Erfahrung der sächsischen Bevölkerung mit Zuwanderung in der Vergangenheit ergebe. Einer Befragten, die seit den 1990er Jahren in Chemnitz lebt, fiel auf, dass es im Unterschied zu den westdeutschen Bundesländern „in Sachsen im Prinzip überhaupt keine Ausländer gab“. Dadurch fehlten den Menschen in Sachsen die Kontakte zu Zugewanderten von den Kindheitsjahren an und vor allem auch die späteren Kontakte „auf Augenhöhe“ im Arbeitskontext, in denen man merke, dass beispielsweise ein türkischer Arbeitskollege noch kein Deutsch spreche, aber dass er dessen ungeachtet „ein ganz patenter Typ“ sei.¹⁶ Stattdessen hätten bei vielen Menschen erst 2015, mit den steigenden Migrationszahlen, regelmäßige Begegnungen mit Menschen aus dem Ausland stattgefunden. Dabei hat eine Befragte aus dem Bildungsbereich wahrgenommen, dass viele Menschen in Sachsen „die“ Zugewanderten als „vollkommen anders“, „mit einem Haufen Kinder“, „rumlungernd“ und „gegebenenfalls noch kriminell“ stigmatisiert hätten. Für einen suggerierten Zusammenhang von Migration, Flucht¹⁷ und Kriminalität würden sich bestimmte Gruppen in Sachsen scheinbar besonders empfänglich zeigen. Erhöhte Brisanz erhalte diese vermeintliche Korrelation vor dem Hintergrund, dass die Sachsen ein durchschnittlich geringeres Vertrauen in den Staat als „Sicherheitsgarant“ hätten, so ein Befragter aus dem Sicherheitsbereich.

¹⁶ Auch in der DDR gab es – zu einem wesentlich geringeren Ausmaß als in Westdeutschland – Zuwanderung durch die sogenannten Vertragsarbeiter*innen aus den sozialistischen Bruderländern, beispielsweise Vietnam. In den Augen einer Befragten aus dem Bildungsbereich fielen diese Gemeinschaften jedoch wenig ins Gewicht und fanden sich „überhaupt nicht“ im Stadtbild oder den Kriminalitätsstatistiken wieder. ¹⁷ Migration soll hier den Prozess des freiwilligen Verlassens des Heimatlandes umfassen, während Flucht eine „Furcht vor Verfolgung“ beinhaltet sowie das daraus resultierende Recht auf Sicherheit in einem anderen Land. Unter dem Begriff Asylberechtigte sind hier jene Menschen gemeint, deren Recht auf Asyl anerkannt wurde, beispielsweise anerkannte Flüchtlinge.

Den Höhepunkt der Migration 2015/16 nahm ein Interviewpartner aus Dresden – wie offenbar weite Teile der sächsischen Bevölkerung – als „unkontrolliert“ wahr. Diese Wahrnehmung habe zahlreiche Menschen in ihrem Eindruck bestärkt, dass der Staat angesichts steigender Zuwanderung nach Deutschland sein Sicherheitsversprechen nicht einhalten könne. Diese diffusen Gefühle der Bedrohung und Hilflosigkeit führen – wie im Fall eines Befragten aus der Kunst- und Kulturszene – zu der Forderung, kriminelle Migrant*innen und Geflüchtete müssten konsequenter abgeschoben werden – „aber natürlich verhältnismäßig, nicht wegen jeder Kleinigkeit“.

Ein Interviewpartner aus Görlitz stellt die Vermutung auf, dass sich Fremdenfeindlichkeit in Sachsen mit den unterschiedlichen Wohlstandsniveaus in „Ost“ und West“ erklären lasse. In den westdeutschen Bundesländern liege das Einkommensniveau höher als in Ostdeutschland. Somit entspreche die Grundsicherung für Zugewanderte¹⁸ in Sachsen – in der subjektiven Wahrnehmung – häufig dem, was deutsche Staatsbürger*innen in Langzeitarbeitslosigkeit oder prekären Arbeitsverhältnissen erhielten. In den Augen dieser Menschen würden ihre persönlichen Lebensentwürfe und beruflichen Laufbahnen nun ein zweites Mal abgewertet. Erstmals habe der Staat sie nach der Wende ungleich behandelt; nun stelle er sie vermeintlich leichtfertig auf eine Einkommensstufe mit Zugewanderten. Fremdenfeindlichkeit scheint, dieser Argumentation nach, aus einer Projektion individueller Unzufriedenheit auf Zugewanderte („Sündenböcke“) zu entstehen: „Die Menschen [in Ostdeutschland] haben Angst vor der nächsten Umwälzung, jetzt, wo sie sich vielleicht gerade selbst etabliert haben, gerade wieder einen Job gefunden haben“, so erklärt sich eine Interviewpartnerin aus dem Bildungsbereich die persönlichen Lebensumstände jener Menschen, die sich um eine Überfremdung des Freistaats sorgen. In den vielen Mutmaßungen, die die Debatte um Zuwanderung prägten, sieht ein befragter Gewerkschaftsvertreter eine große Gefahr. Dabei nimmt er wahr, dass vielen Sachsen der schmale Grat zwischen freier Meinungsäußerung und verletzender Hetze nicht bewusst sei. Die AfD nutze diese Nische – der Meinung eines Interviewpartners aus Görlitz nach –, um den suggerierten Zusammenhang zwischen Zuwanderung, dem eigenen sozialen Status, Kriminalität und Sicherheit in der öffentlichen Wahrnehmung zu stärken und weitere Ressentiments zu schüren.

„Das gegenwärtige politische Klima basiert auf dem Unwillen zur Integration.“

Dabei spiele der AfD das Versagen der Politik im Umgang mit Zuwanderung in die Hände, so eine Dresdnerin, die im Umweltbereich engagiert ist. Obwohl Deutschland – in ihrer Wahrnehmung – den Herausforderungen der Integration gewachsen sei, verhärten sich die Fronten innerhalb der sächsischen Bevölkerung an diesem Thema.

Einen Großteil der anfänglichen Integrationsleistung von Geflüchteten sieht die Mitarbeiterin einer Bildungseinrichtung in den vielen zivilgesellschaftlichen Initiativen in Sachsen. Auch in ihrer ländlich geprägten Nachbarschaft habe sie ein hohes Maß an praktischer Unterstützung wahrgenommen, obwohl die skeptische Haltung gegenüber Geflüchteten und Zugewanderten nur begrenzten Raum für persönliche Sympathien gelassen habe:

„Wenn in unserem Hundertseelenort neunzehn Geflüchtete ankommen, dann freut sich erstmal niemand. Aber man hilft sich trotzdem. Und als sie wieder gingen, war niemand traurig. So ist das Leben auf dem Dorf.“

Eine interviewte Vertreterin aus dem Bildungsbereich sieht die Einstellung der Sachsen gegenüber Zuwanderung als großes Risiko für die Zukunft, an dem die politische Bildung ansetzen müsse. Gerade jene Menschen, die nicht regelmäßig Veranstaltungen der Landeszentrale für politische Bildung besuchten, müssten erreicht werden. Statt mit „Hass, Ablehnung, und Misstrauen gegenüber jedem ‚Fremden‘“ zu regieren, wie es ein zivilgesellschaftlicher Vertreter häufig wahrnimmt, müssten die Menschen in Sachsen akzeptieren, dass „neben mir jemand ist, der Moslem oder Inder ist. Und den muss ich als meinesgleichen wahrnehmen können“, fordert eine befragte Chemnitzerin.

¹⁸ Hierunter fallen im Kontext sozialer Leistungen nur Asylbewerber*innen und Asylsuchende. Asylbewerber*innen erhalten ein Taschengeld neben den Sachleistungen der Erstunterkünfte beziehungsweise der Wohnungsmiete und den Heizungskosten, sobald sie in einer eigenen Wohnung leben. Erst wenn der Asylantrag genehmigt wurde, erhalten die Asylberechtigten soziale Leistungen, die denen der deutschen Staatsbürger*innen entsprechen (Bundesregierung: 2014).

Ein Interviewpartner aus der freien Wirtschaft scheint dieser Perspektive allein aus dem Grund zuzustimmen, dass Zuwanderung – im Hinblick auf die alternde Gesellschaft und annähernde Vollbeschäftigung – zunehmend unersetzlich werde. Sorgen um einen intensivierten Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt interpretiert ein anderer Befragter aus der Wirtschaft dabei als nachrangig: „Damals, in der DDR, war das genauso, und die Leute fanden das okay“. Vielmehr werde ein steigender Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt dank qualifizierter Fachkräfte aus dem Ausland der Wirtschafts- und Innovationkraft Sachsens letztendlich zugutekommen. In den Augen eines zivilgesellschaftlichen Vertreters bringen Migrant*innen und Geflüchtete Ressourcen und Erfahrungen mit, die „enorme Potenziale für die allgemeine Entwicklung [Sachsens]“ bilden. Dennoch sieht er es kritisch, notgetriebene Zuwanderung aus einem wirtschaftlichen Kalkül heraus zu bewerten: „[In Deutschland und in Sachsen] ist es nicht selbstverständlich Geflüchtete aus humanistischen Gründen aufzunehmen“.

Die Abwehr einer Identität der Bundesrepublik als Einwanderungsland – trotz einer auf die 1950er Jahre zurückgehenden Einwanderungsgeschichte – betrachtet der befragte Dresdner als in Sachsen „rigoros umgesetzt“. Dadurch spiele die Herkunft im Alltag offenbar eine (zu) starke Rolle und vermittele Zugewanderten ein vermeintliches Gefühl der Abweisung: „Es [ist] doch erst einmal netter zu fragen, wie jemand heißt, wie es ihm geht und was seine Hobbys sind, als gleich zu fragen, was die Person macht und wann sie wieder gehen will“, findet der Interviewpartner.

„Sachsen ist wie ein Garten, in dem eigentlich keine neuen, fremden Pflanzen wachsen sollen.“

Trotz der Wahrnehmung eines „wirklichen Rassismusproblems“ müsse man mit Blick auf fremdenfeindliche Strukturen in Sachsen stärker differenzieren. Zwar zeigten sich die Ausmaße von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit stärker als „Normalität“ als in anderen Bundesländern, dennoch sei nicht jede öffentliche Einrichtung und jede Stadt in Sachsen als „rechtes Sammelbecken“ zu verunglimpfen.

Ein Interviewpartner aus Chemnitz bedauert im Zusammenhang mit Verallgemeinerungen, wie sehr die Ereignisse im August und Septem-

ber 2018 dem Image seiner Heimatstadt geschadet hätten: Die einseitige Fokussierung auf das „rechtsradikale Problem“ werde dem eigentlichen Leben in der Stadt nicht gerecht. Zudem stellt er relativierend fest, dass die fremdenfeindlichen Ausschreitungen in Chemnitz deutschlandweit kein „Einzelfall“ seien. Vorfälle rassistischer Gewalt sowie vergleichbare Aufrufe zur Selbstjustiz ließen sich auch in einer Vielzahl anderer deutscher Städte beobachten, meint der Befragte.

„Die Ereignisse in Chemnitz hätten sich auch in jeder anderen deutschen Stadt ereignen können.“

„Die Menschen in Sachsen sind für mich Bienen: Man hört sie wenig, aber sie sind Teamplayer und bauen fleißig ihren Bienenstock auf.“



2 Wirtschaftliche Potenziale umgedacht!

Im Oktober 2018 sank die Arbeitslosenquote in Sachsen auf 5,5 Prozent – ein neuer Tiefstwert. Gleichzeitig sind mehr als 40 000 Stellen unbesetzt (MDR: 2018). Nach Ansicht eines Befragten, der in der Wirtschaftsförderung tätig ist, „boomt“ die Wirtschaft regelrecht – es herrsche quasi Vollbeschäftigung im Freistaat.¹⁹ Vor dem Hintergrund einer spürbar alternden Gesellschaft und einem steigenden Fachkräftebedarf werde die sächsische Wirtschaft nun jedoch vor neue Herausforderungen gestellt. Nach Meinung der Befragten müssten die sächsischen Unternehmen ihre Strukturen anpassen, um ihre Attraktivität auf dem Arbeitsmarkt zu steigern und um die noch immer anhaltenden Folgen des Strukturwandels zu überwinden.

2.1 Abwanderung und demographischer Wandel

Die Beobachtung einer allgemein wachsenden Mobilität der jungen, qualifizierten Bevölkerung schürt stets Bedenken hinsichtlich eines Verlusts von Qualifizierten (Braindrain). Die Abwanderung von Arbeitskräften und damit verknüpft auch der Verlust wertvoller Kenntnisse und Fähigkeiten, wirft dabei besorgniserregende Fragen über die wirtschaftliche Zukunft der betroffenen Regionen auf – so auch in Sachsen.

Die Befragten nehmen wahr, dass die junge Bevölkerung für das Studium in andere Bundesländer ziehe und die sächsischen Universitätsabsolvent*innen den höheren Einstiegsgehältern für Fachkräfte in den westdeutschen Bundesländern folgten. Oft kehrten sie erst wieder nach Sachsen zurück, wenn sie Familien gründen und von den niedrigen Lebenshaltungskosten im Freistaat profitieren würden.

¹⁹ Als Vollbeschäftigung gilt nicht nur die komplette Abwesenheit von Arbeitslosigkeit, sondern im allgemeinen Verständnis schon eine Arbeitslosenquote von 2 Prozent (Bundeszentrale für Politische Bildung: 2016). Damit wird berücksichtigt, dass auch freiwillige Jobwechsel und Berufseinstiege in der Regel mit kurzen Zeiten der Arbeitslosigkeit verknüpft sein können.

„Die Sachsen müssen ihre Einstellung gegenüber Ausländern ändern“

Im Jahr 2000 hat der ehemalige Ministerpräsident Kurt Biedenkopf (CDU) erklärt, dass Sachsen „immun gegen Rechts extremismus“ sei – scheinbar ein Versuch, Rassismus als gesellschaftliches Problem zu dekonstruieren. Für eine Befragte aus dem Bildungsbereich offenbart sich in der These der sächsischen „Immunität gegen rechts“ die lückenhafte Vergangenheitsbewältigung im Freistaat: „Die Rechtsradikalen, die es – wie in Dokumenten ersichtlich – [in Sachsen vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 und auch zu DDR-Zeiten, Anm.] tatsächlich gab“, wurden in den Augen der Interviewpartnerin „totgeschwiegen“.

„In einem antifaschistischen Staat gab es natürlich keine Faschisten.“

Nicht nur mit Blick auf die in Chemnitz und Zwickau untergetauchte rechtsextreme Terrorzelle „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) erweist sich die Annahme der „Immunität gegen rechts“ als Trugschluss. In der repräsentativen Umfrage Sachsen-Monitor 2018 geben mehr als jede/r zweite Befragte an, Deutschland durch die „vielen Ausländer“ als „in einem gefährlichen Maß überfremdet“ zu betrachten. Befragte aus Chemnitz stimmten dieser Aussage überdurchschnittlich oft zu (69 Prozent). In der eigenen Wohnumgebung zeigt sich die Wahrnehmung von Überfremdung deutlich geringer: Hier nimmt nur etwa jede/r Fünfte eine „gefährliche Überfremdung“ durch „zu viele Ausländer“ wahr. Die Ressentiments richten sich insbesondere gegen Sint_etze und Rom_nja sowie Muslim*innen. Angesichts eines Anstiegs der muslimischen Bevölkerung

fühlten sich etwa die Hälfte der Befragten gelegentlich „wie ein Fremder im eigenen Land“. Ergänzend zu diesen Umfrageergebnissen nehmen die Interviewpartner*innen sogar eine Verstärkung gruppenbezogener Ressentiments wahr – im privaten wie im öffentlichen Raum. Aus der Perspektive eines Sozialarbeiters seien rassistische Äußerungen in Sachsen seit den fremdenfeindlichen Ausschreitungen in Schneeberg (2013/14) wieder präsenter. Für eine Befragte aus dem Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge habe der Rassismus in Sachsen 2016/17 ein neues Niveau erreicht. Seitdem nehme sie plötzlich auch im Bekanntenkreis und in der Zusammenarbeit mit staatlichen Institutionen extremere Einstellungen gegenüber Zugewanderten in allen sozialen Milieus wahr.

Zudem berichtet eine Befragte aus dem Bildungsbereich von Anfeindungen im öffentlichen Raum: „Kanaken wollen wir hier nicht“, lautet der von ihr wiedergegebene O-Ton. Mit Blick auf Fremdenfeindlichkeit bezeichnet ein Interviewpartner, der selbst Ende der 1980er Jahre nach Ostdeutschland eingewandert ist, Sachsen als zum Teil „vermintes Gebiet“.

Für einen befragten Gewerkschaftsvertreter ordnen sich solche Übergriffe unter anderem in den Kontext fehlenden Wissens über die deutsche Verfassung und deren Grundrechte ein: „Die Menschen in den ostdeutschen Bundesländern haben zum Teil ein Demokratieverständnis, dass auf der völligen Meinungsfreiheit beruht. Die ‚Regeln‘ und Grenzen, die die Meinungsfreiheit ebenso umfasst, wurden nie gelernt.“

„Sachsen wird als guter Wissenschaftsstandort wahrgenommen, aber dann vor allem auch, um von hier aus weg- oder weiterzukommen.“

Die sächsischen Unternehmen werden hinsichtlich ihrer westdeutschen Konkurrenz als zu wenig wettbewerbsfähig wahrgenommen. Dabei sei Sachsen aktuell besonders stark auf die jungen Qualifizierten angewiesen, um die Wirtschaft langfristig zu entwickeln und den Fachkräftemangel zu überwinden. Letztendlich – so formuliert es eine Befragte aus Chemnitz – gebe es in Sachsen die Jugend nicht, die wirtschaftlich starke Industrien und Start-ups aufbaue. Insbesondere in handwerklichen Betrieben nimmt ein interviewter Kommunalpolitiker wahr, dass es zunehmend schwerer falle, ihre Stellen zu besetzen. Auch ländliche Regionen und kleinere Städte schienen mit „Nachwuchsproblemen in allen Bereichen“ konfrontiert, so ein Befragter aus dem Landkreis Bautzen.

„Jedes Unternehmen hat seine Attraktivität für junge Menschen selbst in der Hand.“

Ein Befragter, der eng mit der Chemnitzer Gründerszene verbunden ist, sieht in der Abwanderung junger Menschen allerdings nur die halbe Wahrheit. Er habe durchaus die Erfahrung gemacht, dass Berufseinsteiger*innen im Freistaat blieben und bereit seien, sich „unter Wert [zu] verkaufen“, wenn am Arbeitsplatz ein nettes Klima herrsche, die Führungskraft individuelle Qualitäten fördere und der Job mit Gestaltungsmöglichkeiten verbunden sei.

2.2 Unternehmenskultur im Wandel

Ein Interviewpartner aus Chemnitz betrachtet die Problematik fehlender (junger) Fachkräfte auch als mangelnde Anziehungskraft, die sächsische Unternehmen auf junge Menschen ausübten. Der Druck einer alternden Gesellschaft, der Fachkräftemangel sowie der Mentalitätenwandel der sogenannten Generation Z²⁰ müssten Unternehmen neue Anreize schaffen: „Für Unternehmen bedeutet das sich wandelnde Umfeld, dass sich nicht nur Bewerber*innen bei ihnen bewerben, sondern auch die Unternehmen selbst bei den Bewerber*innen“, so ein Befragter aus dem Wirtschaftsbereich.

„Junge Berufseinsteiger*innen wollen nicht mehr nur Karriere und Dienstwagen. Sie möchten ihren Hund mit ins Büro bringen, im Homeoffice arbeiten und ein Sabbatical machen können.“

Besonders Personaler*innen müssten sich auf die wandelnden Bedürfnisse dieser Generation einstellen, die sich in den letzten fünf Jahren vollzogen haben. Mit den „klassischen Methoden“ allein – beispielsweise materiellen Vorzügen – lasse sich diese Generation nicht mehr anwerben oder im Unternehmen halten. Vielmehr könnten eine intensive Betreuung oder attraktive Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen junge Menschen anziehen und jene Vorteile, die sie an westdeutschen Standorten hätten, möglicherweise kompensieren. „Lebenslanges Lernen wird uns in Zukunft stärker beschäftigen“, prognostiziert ein befragter Gewerkschaftsvertreter. Um die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen, sieht er auch die Politik und die Gesellschaft in der Verantwortung.

Gegenwärtig verstünden es insbesondere junge Unternehmen, Anreize für ihre Mitarbeiter*innen zu schaffen und auf diese Weise Bindekraft zu erzeugen: „So wurde ein junges Chemnitzer Start-up bereits im dritten Jahr seines Bestehens als einer der deutschlandweit besten Arbeitgeber ausgezeichnet“, berichtet ein Interviewpartner, der Start-up-Unternehmen in der Region Chemnitz betreut. Etablierten Betrieben hingegen fehle es häufig an innovativen Ideen.

²⁰ Die Generation Z bezeichnet junge Menschen, die ab 1995 geboren sind.

Hier sieht der Chemnitzer einen Zusammenhang zur „ostdeutschen Sozialisation“: Zu DDR-Zeiten habe der Staat den Unternehmen Entscheidungen zur Wettbewerbsfähigkeit abgenommen. Nun müsse innerhalb der Unternehmen selbst ein Innovationsprozess einsetzen, um sich in einer veränderten Umgebung bestmöglich positionieren zu können.

2.3 Kreative Aufbruchstimmung im „Land der Ingenieure“

„Einfach kreativ werden und direkt loslegen, ohne dass man unbedingt weiß, was man damit lostritt. Das ist auf jeden Fall eine Eigenschaft unseres sächsischen Völkchens. Das haben wir drauf!“

Die sächsische Bevölkerung charakterisiere sich durch zielstrebiges Anpacken, so die Befragten. Diese „Macher“-Mentalität sieht ein Interviewpartner aus der Chemnitzer Gründerszene als Grundlage für kreative Potenziale und Innovationskraft im Freistaat, die er als „extrem hoch“ bewertet. Regionale Innovationsschwerpunkte seien eine große Stärke des Wirtschaftsstandorts Sachsen: Leipzigs liege im IT-Bereich bereits weit vorn, während in Chemnitz und Umgebung mittelständische Unternehmen den Maschinenbau vorantrieben. In der Wahrnehmung der Befragten verfügt Sachsen über eine dichte und hochspezialisierte Wissenschafts- und Forschungslandschaft, die besonders stark auf angewandte Wissenschaft ausgerichtet zu sein scheint. Obwohl es an Forschungseinrichtungen großer Konzerne fehle, werde dieses Strukturdefizit durch eine Reihe exzellenter kleinerer Forschungsinstitute ausgeglichen. Als Resultat würden es sächsische Unternehmen schaffen, „in ihren Nischen deutschlandweit, europaweit und teilweise auch weltweit zu branchenspezifischen Marktführern zu werden“. Die regionale Schwerpunktsetzung habe, einem Kommunalpolitiker aus einer ländlich geprägten Region nach, jedoch zur Folge, dass sich die Wirtschaftskraft in den sächsischen Ballungsgebieten konzentriere. „Kommunen geraten dabei völlig aus dem Blick“, mahnt er an.

„Bei allen Innovationen der letzten fünf Jahre findet man eigentlich immer ein Start-up aus Sachsen, das ganz vorne mit dabei ist.“

Die sächsische Wirtschaftskraft werde deutschlandweit in der Regel unterschätzt, betont der Experte für Wirtschaftsförderung. Geprägt vom sogenannten B2B-Geschäft, in dem Produkte zwischen den Unternehmen und nicht zwischen Unternehmen und Endverbraucher*innen gehandelt werden, würden sich sächsische Unternehmen nur am Rande der öffentlichen Wahrnehmung der Märkte bewegen. Dennoch beobachtet ein Befragter gerade in den letzten Jahren steigende Investitionen ausländischer Unternehmen im Freistaat.

„Silicon Saxony“: Mythos oder Wirklichkeit?

Sachsen ist traditioneller Industriestandort mit Expertise im Bereich Maschinen- und Anlagenbau – und mittlerweile Heimat des „Silicon Saxony“, des größten europäischen Wirtschaftsclusters für Informations- und Kommunikationstechnik (IKT). Jeder dritte in Europa produzierte Chip trägt mittlerweile den Aufdruck „Made in Saxony“ (Wirtschaftsförderung Sachsen GmbH: 2019). Der im Jahr 2000 gegründete Verein Silicon Saxony e. V. hat sich zum Ziel gesetzt, die Potenziale des Freistaats als IKT-Standort nachhaltig zu nutzen und bildet eine Kommunikations- und Kooperationsplattform für derzeit 340 Hersteller, Zulieferer, Dienstleister, Hochschulen, Forschungsinstitute und öffentliche Einrichtungen am Wirtschaftsstandort Sachsen (Silicon Saxony e. V.: 2019). Im Bereich IKT nehmen Interviewpartner*innen insbesondere die Nutzung intelligenter Technologien in der Stadtentwicklung wahr (Smart Cities). Trotz der bisherigen Errungenschaften kann das „Silicon Saxony“ derzeit offenbar noch nicht mit der Breite des Vorbilds „Silicon Valley“, einem der weltweit bedeutendsten Standorte der IT- und Hightechindustrie, mithalten. Sächsische Unternehmen bergen jedoch durchaus das Potenzial, sich in den kommenden Jahren an der Weltspitze der IKT zu etablieren.

2.4 Nachwehen des Strukturwandels

Die Auswirkungen der wirtschaftlichen und politischen Umbrüche 1989/90, insbesondere der massiven Entindustrialisierung Ostdeutschlands, sind in Sachsen gegenwärtig noch immer zu spüren. Die Industriestruktur wird von der Automobilbranche als umsatzstärkstem „Zugpferd“ dominiert: Mit über 95 000 Beschäftigten trägt die Branche mehr als ein Viertel zum Industrieumsatz und über ein Drittel zum Auslandsumsatz bei (Wirtschaftsförderung Sachsen GmbH: 2019).²¹ Zudem scheint es dem Freistaat an Niederlassungen von Konzernzentralen großer Unternehmen zu fehlen, die das Potenzial hätten, die gesamte Region wirtschaftlich aufzuwerten.

Die Abwesenheit von Konzernzentralen und großen Unternehmen wird von den Befragten als wesentlicher Nachteil für die langfristige Entwicklung Sachsens als Wirtschaftsstandort wahrgenommen. Dadurch mangle es in Sachsen – neben den finanziellen Vorteilen, die solche Niederlassungen als Quellen von Steuereinnahmen bieten – vor allem an weiterer „Sogwirkung“ auf kleinere (Zulieferer-)Betriebe. Stattdessen produziert die von mittelgroßen, kleinen und kleinsten Betrieben geprägte sächsische Wirtschaft weiterhin hauptsächlich für lokale Märkte oder dient als „verlängerte Werkbank“ großer westdeutscher Unternehmen (Bernd Martens 2010). Insbesondere Start-up-Unternehmen litten durch die fehlenden direkten Verbindungen in die Konzernzentralen unter dem „Problem der langen Entscheidungswege“, so ein Interviewpartner aus Chemnitz. Vor allem die Forschungsabteilungen der großen Unternehmen seien in der Regel in den Zentralen angesiedelt, sodass sich die Innovationsgeschwindigkeit der Unternehmen in Sachsen durch lange Kommunikationswege in die Konzernzentralen verlangsamt: Während Sachsen 2017 etwa 700 Patente anmeldet, sind es in Bayern über 15 000 (Deutsches Patent- und Markenamt: 2018). Ein Befragter aus der Wirtschaft fordert daher mehr Engagement und Kooperation hinsichtlich der eigenen Wirtschaftsförderung: „Sachsen fehlen die Großkonzerne, und die werden auch nicht kommen. Also müssen wir unsere eigenen lokalen Unternehmen zu Großkonzernen aufbauen.“ Zudem wünscht sich ein Interviewpartner aus Mittelsachsen, dass gerade in wirtschaftlich florierenden Zeiten versucht werde, die Wirtschaft auf „breitere Füße zu stellen“, um gegenüber Konjunkturschwankungen stärkere Resilienz zu zeigen.

2.5 Leerstelle Digitalisierung

Der Einfluss der Digitalisierung auf die (Aus-)Bildungs- und Arbeitswelt in Gegenwart und Zukunft wird in Sachsen als entscheidend wahrgenommen. Dabei stellt sich für einen Interviewpartner aus Dresden die Frage, welche Veränderungen speziell im Bildungs- und Ausbildungsbereich herbeigeführt werden müssten, um die Digitalisierung als „Faktum“ in Sachsen optimal nutzen zu können. Befragte aus den wirtschaftsnahen Bereichen betonen optimistisch, dass die Digitalisierung durchaus das Potenzial aufweise, neue Arbeitsplätze zu schaffen und – weil dann „Maschinen für die Menschen arbeiten“ – die Attraktivität bestehender Arbeitsplätze zu steigern.

„Im Bereich Digitalisierung muss in Sachsen wirklich etwas passieren. Es kann doch nicht sein, dass man in Rumänien fast flächendeckend – auch auf dem Land – schnelles Internet hat, und ich habe hier in Sachsen nicht mal Telefonempfang.“

Für Unternehmen erscheint die mangelhafte digitale Infrastruktur mittlerweile als signifikantes Hindernis, um den technologischen Fortschritt gewinnbringend zu nutzen. Die Anbindung an schnelles Internet sei eine entscheidende Grundlage für ihre zukünftige Arbeit. Ein Interviewpartner aus dem Bereich der Gründerförderung nimmt politische Ankündigungen hierzu nur noch als bloße Lippenbekenntnisse wahr, die sich „seit Jahren durch jede politische Partei ziehen“. Eine Mehrheit der Befragten bestätigt den großen Handlungsbedarf seitens der politischen Akteure, um die Rahmenbedingungen im Bereich Digitalisierung zu verbessern.²²

²¹ Volkswagen, BMW und Porsche sind mit fünf Fahrzeug- und Motorenwerken in Sachsen vertreten. Gleichzeitig prägen rund 780 Zulieferer, Ausrüster und Dienstleister der Branche das „Autoland Sachsen“ (Wirtschaftsförderung Sachsen GmbH: 2019).

²² Die Landesregierung zeigt sich im Bereich Digitalisierung und dabei speziell in der Förderung des Breitbandausbaus relativ engagiert. Als eines der ersten Bundesländer veröffentlichte Sachsen im Juli 2017 die Digitalisierungsstrategie „Sachsen Digital 2017“. Zudem fördert der Freistaat mit der „Digitalen Offensive Sachsen“ aktuell massiv den Ausbau von Breitbandverbindungen. Die Versorgung mit ≥ 50 Mbit/s lag Mitte 2018 bei 71 Prozent. Damit liegt Sachsen zwar an der Spitze der ostdeutschen Bundesländer, aber immer noch relativ weit unter dem bundesdeutschen Durchschnitt von 83 Prozent (TÜV Rheinland: 2018).

**„Wenn ich mir
Sachsen als Tier
vorstelle,
dann wäre es
ein Fuchs,
denn Sachsen ist
schlau.“**



3

3 Bildungshochburg auf dem Prüfstand

Auf den ersten Blick scheinen die Befragten mit der Struktur und Leistungsfähigkeit des Bildungssystems in Sachsen zufrieden: Die Bildungslandschaft, die Bildungsmöglichkeiten und -förderung für alle bietet, sei breit aufgestellt und das Bildungsangebot an Schulen zum Teil vielfältiger als in anderen deutschen Bundesländern. Die große Stärke in der Hochschulbildung sieht ein befragter Lehrer in dem umfassenden Studienangebot: „Alles, was man in anderen Bundesländern studieren kann, kann man auch in Sachsen studieren.“ Die dichte Bildungslandschaft ist in der Wahrnehmung einer interviewten Projektmanagerin jedoch nicht grundsätzlich mit chancengerechter Bildung gleichzusetzen. Die deutschlandweit (noch immer) unterschiedlichen Bildungsinhalte und -abschlüsse betrachtet sie als für die Qualität des sächsischen Bildungssystems nachteilig und sieht hier dringenden Handlungsbedarf aufseiten der sächsischen Bildungspolitik:

„Abschlüsse müssen gleichwertig sein und Kinder müssen landesweit gleich gut auf die Ausbildung oder das Studium vorbereitet werden.“

3.1 Zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Die Vergleichsstudie Bildungsmonitor²³, die jährlich die Leistungsfähigkeit der Bildungssysteme in den Bundesländern misst, spiegelt die von den Interviewpartner*innen wahrgenommenen Erfolge des sächsischen Bildungssystems wieder: Seit 2006 führt Sachsen den deutschlandweiten Vergleich an. Die Studie betont dabei die besonderen Stärken des sächsischen Bildungssystems im Ausbau der Ganztagsbetreuung²⁴, in der Qualität der Forschung sowie in der Ausbildung des Forschungsnachwuchses. Darüber hinaus verweist die Studie auf ein hohes Bildungsniveau der Schüler*innen, insbesondere in den naturwissenschaftlichen Fächern und Mathematik.

²³ Im Fokus der Studie steht eine bildungsökonomische Sichtweise: Welche Beträge leistet das Bildungssystem, „um den Wohlstand zu sichern, Aufstiegsmöglichkeiten für den Einzelnen zu schaffen und Teilhabe zu gewährleisten“ (INSM-Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH: 2018).

²⁴ Im Vergleich zum bundesdeutschen Durchschnitt (42,1 Prozent) besuchten im Jahr knapp 80 Prozent der Schüler*innen in Sachsen eine Ganztagschule. Von den Drei- bis Sechsjährigen in Sachsen wurden 81,8 Prozent ganztägig betreut (2017). Der deutschlandweite Durchschnitt liegt hier bei 45,3 Prozent.

Die hohen Kompetenzen in den Naturwissenschaften lassen sich auf ihre traditionell wichtige Rolle im Schulsystem Sachsens zurückführen. Ebenso wie in der damaligen DDR stärken die gegenwärtigen Lehrpläne die naturwissenschaftliche Bildung – mit durchschnittlich einer Wochenstunde mehr als in westdeutschen Bundesländern (INSM-Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH: 2018).

Auch in der Wahrnehmung eines Kommunalpolitikers aus einer ländlichen Gemeinde in Sachsen ist die Qualität der Ausbildung in Sachsen hoch. Speziell die Abschlüsse der Mittleren Reife sowie des Abiturs bewertet er im deutschlandweiten Vergleich als „relativ gut“. Eine Vertreterin aus dem Bildungsbereich beobachtet darüber hinaus gestiegene Kenntnisse und Fähigkeiten bei den Studienanfänger*innen – das zeige sich beispielsweise beim Halten von Referaten. Diese Kompetenzsteigerung führt sie auf eine verbesserte Schulqualität zurück, die die jungen Menschen besser auf die Anforderungen an den Universitäten vorzubereiten scheint.

Stimmen aus der freien Wirtschaft und den sozialen Bereichen hingegen kritisieren den in ihren Augen sinkenden Wissensstand sächsischer Schulabgänger*innen. Ein befragter Unternehmer verweist auf Auszubildende, die mit einer auffällig geringen Allgemeinbildung von den Schulen in die Unternehmen kämen: „Viele machen in zehn Worten fünf Fehler und können nicht einmal die Prozentrechnung richtig anwenden“, bekräftigt er. Gerade Hauptschüler*innen fehle es in seiner Wahrnehmung an wichtigen Kompetenzen. Angesichts der generellen Not, freie Ausbildungsstellen zu besetzen, müssten sich in den Augen der Wirtschaftsvertreter*innen die schulischen Standards auch an den Fähigkeiten ausrichten, die in Ausbildungsberufen gefragt sind.

3.2 Strukturelle Versäumnisse im Bildungssystem

Als gravierendstes Problem in der Qualität der Schulbildung identifiziert eine Mehrzahl der Befragten den Personalmangel an sächsischen Schulen. Der Lehrkräftemangel mache sich in unterschiedlichen Dimensionen bemerkbar – vom Schulausfall bis hin zur Schließung von Schuleinrichtungen. Die Hauptursache für den Lehrkräftemangel in Sachsen liege in der stark reduzierten Anzahl an Lehrkräften über Jahre hinweg: Zeitweise bekam nur etwa jede zweite Lehrkraft nach dem Referendariat eine Stelle (Institut für Mittelstands- und Regionalentwick-

lung GmbH: 2018). Damit scheint die sächsische Bildungspolitik mit der traditionell gelobten Lehrkräfteversorgung im Freistaat zu brechen: Während sächsische Lehrkräfte vor etwa zehn Jahren durchschnittlich 22,6 Schüler*innen pro Klasse unterrichteten – in Nordrhein-Westfalen waren es beispielsweise 26,6 –, sinkt die Versorgung an Lehrkräften seitdem stetig (INSM-Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH: 2018).

„Der ‚Streit um Ausbildung‘ feiert bereits sein zehnjähriges Jubiläum. So lang wird schon auf den Lehrkräftemangel hingewiesen.“

In der Wahrnehmung eines Befragten aus Bautzen wurzelt das Phänomen des Lehrkräftemangels weniger in einem tatsächlichen Mangel an ausgebildeten Lehrkräften in Sachsen. Vielmehr sieht er die Gründe noch immer in einer Weigerung der Verwaltungen, Stellen für Lehrer*innen zu schaffen. So erlebe er in seinem Bekanntenkreis hautnah mit, dass Bewerbungen von Lehrkräften abgelehnt würden. Insbesondere fällt es dem Befragten schwer zu glauben, dass Bewerbungen von Lehrkräften im Erzgebirge, wo der Lehrkräftemangel stets besonders thematisiert werde, ausblieben. Mittlerweile wird das Fehlen von Lehrkräften als „dramatisch“ bewertet und wirke sich negativ auf die Qualität der Bildung in Sachsen aus – bis hin zu der Gefahr eines Bildungsnotstands (MDR: 2018).²⁵

Der Bildungsmonitor 2018 verweist zudem auf Versäumnisse der sächsischen Bildungspolitik in der Umsetzung der Digitalisierung an den Schulen im Freistaat. Eine Untersuchung der Telekom-Stiftung stützt diese Kritik, indem sie Sachsen deutliche Schwächen in der IT-Ausstattung an Schulen, der Nutzung digitaler Medien im Unterricht sowie in den medienbezogenen Kompetenzen der Lehrkräfte attestiert (Telekom-Stiftung: 2017). Angesichts der wirtschaftlichen Schwerpunkte im Bereich Technologie und Innovation und ihrer angenommenen Potentiale für die Zukunft (vgl. Kapitel 2.3) scheinen steigende Investitionen in die digitale Bildung junger Menschen unerlässlich – insbesondere die digitale Ausstattung der Bildungseinrichtungen und die Schulung von Lehrkräften müssen hierbei im Vordergrund stehen.

²⁵ Beispielsweise berichtet eine Vielzahl der Befragten, dass Unterricht bei Krankheit der Lehrkraft ausfalle, da Ersatzlehrkräfte nicht verfügbar seien.

3.3 Bildung im Schnelldurchlauf

Neben dem Lehrkräftemangel, der als eines der wesentlichen Probleme im Bildungssystem des Freistaats aufgefasst wird, nehmen die Interviewpartner*innen eine steigende Verdichtung der Lehrpläne als problematisch wahr. „Spielerische“ Bildungsmöglichkeiten dadurch zusehends in den Hintergrund geraten – bereits im Kindergarten, so der Vorstand eines Wirtschaftsunternehmens. Die straffen Lehrpläne der Mittelschulen und Gymnasien würden zudem darunter leiden, so beobachten es Befragte aus ganz unterschiedlichen Gesellschaftsbereichen, dass die Lehrinhalte der historischen, politischen und kulturellen Bildung verkürzt und oberflächlich behandelt würden. Obwohl nicht jeder junge Mensch gleichermaßen für politisches Denken und die Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung zu begeistern sei, müsse die Schule ihre Rolle als Vermittlerin von Werten wieder stärker wahren – so fordern es diverse Interviewpartner*innen. Ein Vakuum in der Vermittlung demokratischer Werte ziehe die Gefahr mit sich, dass ungewollte Räume für Ideologien entstünden, die das gesellschaftliche Miteinander weiter polarisieren:

„Die unpolitische Wissenschaft ist für mich ein Spiegel der Gesellschaft: Es wird versucht, Ideologie aus allem herauszuhalten, und dann kommt sie doch durch die Hintertür.“

Ein Befragter aus dem Kunst- und Kulturbereich sieht Schulen wieder stärker in der Pflicht zu vermitteln, „dass es unterschiedliche Menschen mit unterschiedlichen Ansichten gibt, die auch unterschiedlich miteinander reden“. Innerhalb der sächsischen Gesellschaft nehme er ein großes Defizit an Empathie wahr – folglich müsse ein entzerrter Lehrplan die Schulen (wieder) befähigen, Werte für ein harmonisches Zusammenleben zu vermitteln. Lösungen für die wahrgenommenen Schwächen des aktuellen Bildungssystems sehen Befragte unterschiedlichen Alters im Schulsystem der DDR.

„Man kann über die DDR denken, was man will. Aber das Schulsystem war besser.“

Die Vorzüge des DDR-Schulsystems lagen nach Meinung eines Befragten aus Mittelsachsen darin, dass Kinder länger gemeinsam lernen und auf diese Weise unterschiedliche Leistungsniveaus kompensiert werden konnten. Das 2018 ins Leben gerufene Bündnis „Gemeinschaftsschule in Sachsen“ scheint den Eindruck zu bestätigen, dass sich viele Menschen in Sachsen ein längeres gemeinsames Lernen ihrer Kinder im selben Klassenverband wünschen.²⁶ Ein Befragter aus dem Bildungsbereich betont, dass er sich ebenfalls Vorteile vom längeren gemeinsamen Lernen verspreche, aber unsicher sei, ob Gemeinschaftsschulen das „gelobte Land“ darstellen.

Im größeren Zusammenhang entsteht der Eindruck, dass es den Befragten besonders wichtig ist, dass die Bildungsinstitutionen sowohl eine Grundlage als auch einen Rahmen für die persönliche Entwicklung junger Menschen schaffen. Aktuell wird die Bildungsvermittlung auf allen Ebenen jedoch als relativ „unmündig“ wahrgenommen.

Angesichts der straffen Lehrpläne hätten zudem soziale Aktivitäten von Schüler*innen und außerhalb der Schule in den vergangenen Jahren abgenommen. Eine Diskussion um eine Verlängerung der Schulzeit, wie sie derzeit in anderen deutschen Bundesländern stattfindet, spiegelt sich in den Gesprächen jedoch nicht wieder.

Auch an den Hochschulen zeichne sich ein Bild sinkenden Engagements von Studierenden ab, so die Mitarbeiterin einer Universität aus Mittelsachsen.

Auch Unternehmen sehen hierin ein Problem. Aus Sicht der Befragten aus der freien Wirtschaft seien soziale Aktivitäten abseits von Schule und Hochschule für die Entwicklung junger Menschen zu künftigen Führungskräften wesentlich. Eine Bildung im „Schnelldurchlauf“, die ein frühzeitiges Eintreten junger Menschen in den Arbeitsmarkt ermöglicht, liege weder im Interesse der Unternehmen noch der sozialen Einrichtungen.

²⁶ Bis Ende November haben 21.180 Menschen in Sachsen die Aktion unterstützt (Gemeinsam länger lernen in Sachsen e.V.: 2019).

**„Sachsen ist ein Wolf.
Ein Wolf lebt meist im
Rudel, sehr eng
miteinander verbunden.
Wir Sachsen sind
auch etwas verschlossen.
Wir müssen uns
gegenseitig helfen.
Wir sind manchmal auch
etwas bissig.“**



4 Homo Oeconomicus vs. Homo Oecologicus

Die „großen“ Themen in der Umwelt-Debatte kreisen in den Augen der Mehrheit der Interviewpartner*innen um den Klimaschutz. Dennoch stellt eine ehemalige Studentin der TU Dresden heraus, dass sie noch nie auf so viele Menschen getroffen sei, die die Existenz des Klimawandels abstritten. Eine solche „Klimaskepsis“ beobachte sie in allen Schichten, beispielsweise auch unter Universitätsprofessor*innen. Die überwiegende Zahl der Befragten nimmt Klimawandel und Umweltschutz jedoch als Themen wahr, die mittlerweile in der Mitte der Bevölkerung angekommen seien. Eine Befragte aus einer ländlich geprägten Region in Sachsen beobachtet beispielsweise, dass die Vermeidung von Plastikmüll und die Überlegung zur Anschaffung eines Elektroautos an ihrem Wohnort vor einigen Jahren noch viel „exotischer“ gewesen sei.

4.1 Der Einstieg in den Kohleausstieg

Die Debatte zu Umwelt- und Klimaschutz ist in Sachsen unweigerlich mit der Braunkohleförderung verknüpft. Beim sogenannten Kohleausstieg nimmt eine Befragte Sachsen als „Blockierer“ mit einer schleppenden Energie- und Klimapolitik wahr. Dies lasse sich dadurch erklären, dass Sachsen sowohl wirtschaftlich als auch sozial von der Braunkohle abhängig sei. Der mit dem „Kohleausstieg“ verknüpfte Verlust von Arbeitsplätzen wird von einem Befragten aus Dresden als großer Unsicherheitsfaktor für die Menschen vor Ort wahrgenommen: „Es wird schwer, einen adäquaten Ersatz für diesen Wirtschaftszweig aufzubauen“, gibt ein Interviewpartner aus Bautzen zu bedenken.

Tatsächlich beschäftigt die sächsische Braunkohleindustrie in Sachsen, ohne die Zulieferfirmen zu berücksichtigen, derzeit 1 910 Menschen (Arepo Consult: 2017). Entsprechend marginal zeigt sich der Anteil der Braunkohle am sächsischen Bruttoinlandsprodukt (BIP, Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen: 2016). Die wirtschaftliche Abhängigkeit scheint sich daher vielmehr als soziale Abhängigkeit zu entpuppen. Damit scheint die größte Herausforderung des „Kohleausstiegs“ in einer sozialverträglichen Lösung für die derzeit in der Braunkohleindustrie Beschäftigten zu liegen. Nach aktuellen Studien kommen Erwerbslose aus dem Braunkohlesektor weniger schnell in neue Arbeitsverhältnisse als Erwerbslose aus anderen Branchen (DIW Berlin: 2017).

„Sachsens Politik zum Thema Braunkohle finde ich abschreckend. Die Politik agiert wider jede Vernunft.“

Für diejenigen, die einen progressiveren Umwelt- und Klimaschutz in Sachsen unterstützen, ist die zeitnahe Abkehr von der Braunkohle bis spätestens 2050 unausweichlich: Je früher sie sich jedoch vollziehe, desto schneller werde der Weg zur wachsenden Förderung regenerativer Energien in Sachsen frei, so bringt es die Mitarbeiterin einer Universität aus Mittelsachsen auf den Punkt. Andere Befragte empfinden erneuerbare Energien doch noch nicht als valide Alternative, um nach einem „Kohleausstieg“ den wachsenden Bedarf an Energie zu decken. Im Vergleich zum bundesdeutschen Durchschnitt (25,9 Prozent) tragen die erneuerbaren Energien in Sachsen nur zu 11,8 Prozent zum Strommix bei. Der Anteil der Braunkohle liegt bei 77,2 Prozent (BUND Landesverband Sachsen e.V.: 2017).

4.2 „Erst kommt das Fressen, dann die Moral“

Das Zitat aus Bertolt Brechts „Dreigroschenoper“ verdeutlicht in diesem Zusammenhang, dass Engagement für Umwelt- und Klimaschutz von den Interviewpartner*innen als vermeintlicher „Luxus“ in zweierlei Hinsicht betrachtet wird: Einerseits könne man sich erst vollends der Umwelt widmen, wenn die „großen“ gesellschaftlichen Themen wie soziale Gerechtigkeit, bezahlbarer Wohnraum und die Sicherheit der Arbeitsplätze gelöst seien. Andererseits sei ein umweltbewusstes Leben mit mehr Organisation im Alltag sowie zeitlichem und finanziellem Aufwand verbunden, sodass Nachhaltigkeit auch aus dieser Perspektive als „Luxusentscheidung“ wahrgenommen wird.

„Momentan ist nachhaltiges Handeln immer noch mit zusätzlichem Engagement, Zeit und Geld verbunden. Das ist fatal.“

Diese Wahrnehmung zeigt sich sowohl bei Unternehmern als auch bei Privatpersonen. Der Vorstand eines mittelständischen Unternehmens erlebt hautnah, wie Maßnahmen zum Umweltschutz kleinere Betriebe an finanzielle Grenzen treiben: „Wir versuchen schon mittels Solar- und Windenergie zum Klimaschutz beizutragen, mehr können wir uns nicht leisten.“ Potenziale sieht er indes für nachhaltigere Lebensweisen in Privathaushalten.

Neben dem Tourismus steigt die Zukunftsangst

Sachsen erfreut sich als Reiseziel einer wachsenden Beliebtheit und „springt von einem Rekord-Tourismusjahr ins nächste“.

Neben den kulturell anziehenden Städten wie Dresden und Leipzig repräsentieren die Oberlausitz, die Sächsische Schweiz und das Erzgebirge die Schönheit der sächsischen Natur und – speziell Letzteres – die Vielfalt der traditionellen Handwerkskunst. Doch kennzeichnend für diese Regionen ist neben ihrer touristischen Attraktivität auch ihre lange Bergbautradition.

Angesichts des angekündigten „Kohleausstiegs“ bis 2038 sind die beliebten Tourismusregionen zukünftig von weitreichenden strukturellen Veränderungen betroffen.

In der Wahrnehmung einer Befragten aus Bautzen steigt in den Regionen der „schönen Landschaften“ aus diesem Grund nicht nur der Tourismus, sondern – parallel dazu – auch die wirtschaftliche Unsicherheit und die Zukunftsangst der lokalen Bevölkerung. Allein der Tourismus werde als Wirtschaftsfaktor nicht ausreichen, um den Lebensstandard in den Regionen zu halten.

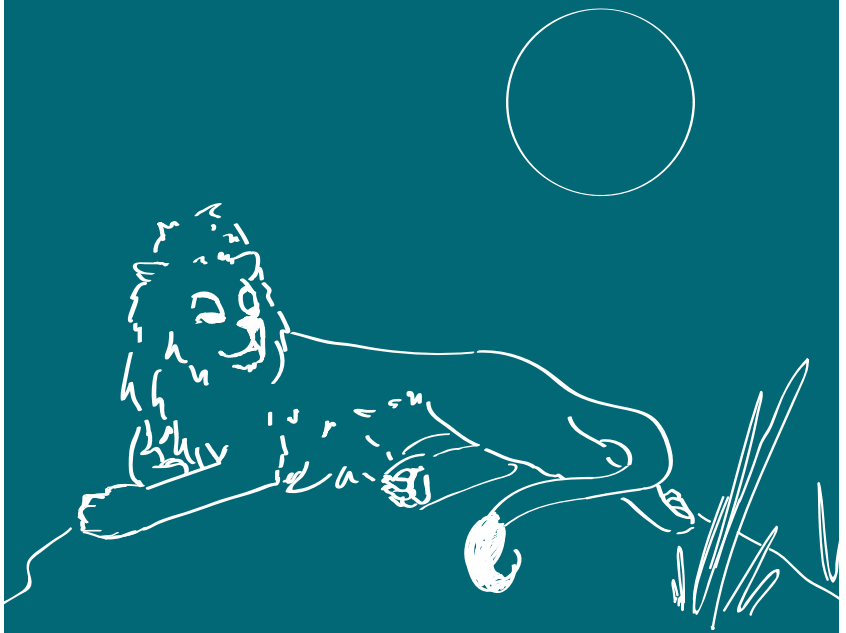
Hier würde er sich wieder ein stärkeres Umweltbewusstsein sowie einen Mentalitätenwandel wünschen, der mit „billig, billig im Supermarkt kaufen“ breche. Eine sich selbst als umweltbewusst einschätzende Befragte sieht speziell im Konsum von Lebensmitteln gleich mehrere Paradoxien. Umweltschädliche Produkte seien oft die günstigsten, Bio-Produkte wiederum häufig nicht regional oder in umweltschädlichem Plastik verpackt. Regionales und biologisches Einkaufen ermöglichen fast nur Biobauernhöfe, die von den Städten allerdings nur mit dem klimaschädlichen Auto erreichbar seien, kritisiert sie. Ausgelöst durch diese Abwägungen scheine eine „Wohlfühl-Nachhaltigkeit“ für privilegiertere Gesellschaftsschichten zu entstehen, die mit diesen Widersprüchen leben. Der politische Rahmen für Umwelt- und Klimaschutz scheint den Befragten mehr abstrus denn hilfreich.

Beispielhaft werden an dieser Stelle Regularien der Europäischen Union (EU) angeführt. Statt dem relativ „kleinen“ Verbraucher vorzuschreiben, welche Glühbirnen und Staubsauger er zu verwenden habe, solle der Fokus – in den Augen einer Befragten aus dem Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge – viel stärker auf die Regulierung der Industrie gelegt werden.

Aufgabe der Bundes- und Landespolitik sei es – so die Betrachtung einer Interviewpartnerin, die an einer heilpädagogischen Schule arbeitet –, die umweltpolitischen Maßnahmen „tatsächlich auch zu steuern“. Eine befragte Dresdnerin sieht beispielsweise große Potenziale, Sachsen aufgrund der guten Bodenqualität in nachhaltiger Landwirtschaft zu einem Vorreiter avancieren zu lassen.

**„Umweltschutz
darf nicht
bei den
,kleinen Leuten‘
anfangen,
wenn
die Industrie
drei Häuser
weiter
riesige Schlote
betreibt.“**

**„Sachsen
ist ein Löwe,
der in der
Sonne liegt.“**



5

5 Demokratie auf „Sparflamme“

Laut der repräsentativen Umfrage Sachsen-Monitor 2018 halten neun von zehn Menschen in Sachsen die Demokratie für eine grundsätzlich gute Regierungsform. Doch nur etwa jede/r Sechste zeigt sich mit dem Funktionieren der Demokratie in der Praxis zufrieden – damit liegt Sachsen unter dem bundesdeutschen Durchschnitt (dimap: 2018). Die eher skeptische Haltung der Sachsen gegenüber dem Funktionieren von Politik scheint von einem niedrigen Vertrauen in politische Institutionen beeinflusst. In der Wahrnehmung eines Interviewpartners aus der Kommunalpolitik besteht zwischen den Menschen in Sachsen und der Landes- und Bundespolitik eine Distanz. Während Gemeinderäte als Teil der lokalen Gemeinschaft und die Themen, die auf Kommunalebene behandelt werden, als „alltagsnah“ betrachtet würden, seien die Landtags- und Bundestagsabgeordneten zum Teil „weit weg“. Dadurch erkläre sich in seinen Augen das niedrigere Vertrauen in die Politiker*innen und das geringe Interesse an den politischen Prozessen, die auf den höheren politischen Ebenen stattfinden. Ein Befragter aus Dresden empfindet es als problematisch, dass kein regionales Medium eine tatsächlich meinungsbildende Funktion in Sachsen wahrnehme. Dadurch fehle es den Bürger*innen an Substanz, um sich eine eigene Meinung zu den relevanten politischen Fragen bilden zu können. „Die Menschen in Sachsen erkennen die Probleme, setzen sie zum Teil aber in einen vollkommen falschen Kontext“, urteilt ein zivilgesellschaftlicher Vertreter.

5.1 Das doppelte Demokratiedefizit

In den Interviews entsteht der Eindruck eines tatsächlichen Demokratiedefizits in zweierlei Hinsicht: Einerseits gäben die Bürger*innen im Freistaat ihren Teil der Verantwortung für eine funktionierende Demokratie (zu) leichtfertig ab („das sollen die anderen einmal machen“). Andererseits scheinen politische Vertreter*innen diese Passivität zu nutzen, um sich als Alleingestalter*innen von Politik und Gesellschaft zu etablieren. So entsteht bei einer Befragten aus Dresden das Gefühl, dass „Sachsen der Idee der Demokratie nicht gewachsen ist“. Auch einem weiteren Interviewpartner aus Dresden fallen Defizite in der praktischen Umsetzung von Demokratie auf – wobei er die demokratischen Strukturen und Institutionen durchaus als stark gefestigt bewertet.

Sächsische Medien als meinungsbildende Organe

Die sächsische Medienlandschaft scheint auf den ersten Blick vielfältig, die Berichterstattung der regionalen Medien bewertet ein zivilgesellschaftlicher Vertreter jedoch als wenig tiefgründigen „Einheitsbrei“. Potenziale einer tatsächlich meinungsbildenden Funktion sehen die Interviewpartner*innen am ehesten bei der Sächsischen Zeitung, der Leipziger Volkszeitung und der Freien Presse.

Doch auch hier zeige sich die Berichterstattung derzeit noch zu unkritisch.

Die Ursache für die Kritik an der Qualität der sächsischen Medien begründet ein interviewter Gewerkschaftler mit akutem Personalmangel der sächsischen Medien: Oft würden sich nur ein bis zwei Personen mit dem kompletten Wirtschafts- oder landespolitischen Ressort befassen – die Erwartungen an Umfang und Tiefe der Berichterstattung müssten entsprechend angepasst werden. Der Mangel an Qualitätsjournalismus steigere den Einfluss von Boulevardmedien und sozialen Medien auf den öffentlichen Diskurs. Mit objektiver Berichterstattung habe dies in der Regel wenig gemeinsam, urteilt der Vertreter der Zivilgesellschaft. Insbesondere im Kontext von Migration und vermeintlich gesteigener Kriminalität entstehe dadurch zu viel Raum für Fake News, so die Wahrnehmung eines Interviewpartners aus Dresden.

„Am 18. März 1990 sind die Menschen in Sachsen regelrecht zu den Urnen gepilgert. Da überrascht es mich, dass die Demokratie heute als selbstverständlich, schwierig und anstrengend wahrgenommen wird.“

Die Menschen in Sachsen würden von der Politik eine Bündelung und Vertretung ihrer Interessen erwarten, seien selbst jedoch wenig bereit, ihre Interessen im öffentlichen Raum zu artikulieren. Dadurch entstehe der Eindruck, dass die Bürger*innen in Sachsen ein relativ einseitiges Verständnis von Demokratie vertreten. Für einen Kommunalpolitiker stellt sich das Problem wie folgt dar:

„Politik wird in Sachsen oft als Pizzadienst missverstanden: Ich bestell' etwas – und die Politik liefert. Eine solch eindimensionale Erwartungshaltung kann in einer Demokratie nicht funktionieren.“

Die niedrige Wahlbeteiligung und ein durchschnittlich geringes politisches Engagement der Menschen in Sachsen fasst ein Interviewpartner aus Dresden als direktes Symptom dieses Verständnisses von Politik und Demokratie auf. Es mangle offenbar am politischen (Mit-) Gestaltungswillen der Bürger*innen. Ein befragter Kommunalpolitiker wünscht sich, dass die Bürger*innen mehr Verantwortung übernehmen, sich aktiv über die aktuellen Debatten informieren und auch „mal zu einer Stadtratssitzung kommen“ würden. Ein überraschend unpolitisches Verhalten beobachtet eine ehemalige Studentin aus Dresden jedoch auch unter der Studierendenschaft: In den vier Jahren des Studiums habe sie keinen einzigen Bildungstreik miterlebt.

Ein Interviewpartner aus Leipzig wiederum plädiert für die Einführung einer Wahlpflicht, wie sie beispielsweise in Luxemburg und Belgien besteht. Hierin sehe er die Möglichkeit, das Bewusstsein für die politische Verantwortung des Einzelnen zu stärken.

Die große Mehrzahl der Befragten führt den Mangel an Willen zur politischen Mitgestaltung auf fehlende Kenntnisse über Demokratie als politisches System zurück – und insbesondere auf den Zusammenhang mit Pluralismus als einem ihrer Wesensmerkmale. Stattdessen offenbart der Sachsen-Monitor 2018, dass sich 45 Prozent der Menschen in Sachsen eine einzige starke Partei wünschen – „erschreckend“ in den Augen einer Befragten aus Chemnitz.

Sachsen: Eine D(DR)emokratie?

Eine Vielzahl der Befragten argumentiert, dass die Sozialisation in der DDR auch heute noch – fast 30 Jahre nach der Wiedervereinigung – eine vereinfachte Sicht auf die Demokratie produziere und damit den Wunsch nach einfachen Problemlösungen. Gleichzeitig scheinen enttäuschte Erwartungen aus der Wendezeit das Verständnis und die Erwartungen an das politische System zu beeinflussen.

Für viele Menschen in Sachsen waren die Jahre nach der Wiedervereinigung maßgeblich von (wirtschaftlicher) Unsicherheit geprägt. In der Wahrnehmung der sächsischen Bevölkerung vermochte es die Demokratie nicht, die Auswüchse des Umbruchs – allen voran des Übergangs in die soziale Marktwirtschaft – zu mildern. Das Ansehen der Demokratie habe darunter gelitten, dass die neoliberale Wirtschaftspolitik die Anforderungen an das politische System unterminiert habe. In den Augen eines Befragten aus Chemnitz zieht sich das zwiespältige Demokratieverständnis der 1990er Jahre noch bis heute durch die Köpfe vieler Menschen in Sachsen.

Dabei entstehe ein Spannungsfeld aus dem Wunsch nach einer übergeordneten Institution, die den Menschen in Sachsen den Rücken freihält und ihnen Wertschätzung für ihre Leistungen entgegenbringt, sowie der Freiheit zum eigenen Gestalten. Dieses Demokratieverständnis setzt er mit „Rosinenpickerei“ gleich.

„Zur Wendezeit wurde nur gesehen, dass der Sozialismus schlecht ist, aber nicht, dass der Weg zur Demokratie ein langer ist.“

Doch Hinweise eines Demokratiedefizits werden von den Befragten nicht nur aufseiten der Bürger*innen erkannt. Ein Interviewpartner aus Dresden meint, innerhalb der politischen Institutionen eine Einstellung zu erkennen, nach der „man selbst schon [weiß], was zu tun ist“. Für ihn gehe diese Auffassung damit einher, dass engagierte Kritik der Bürger*innen in den Augen der Politiker*innen oft überflüssig, zum Teil sogar störend sei. Eine junge Wahldresdnerin hat eine solche Erfahrung selbst gemacht. Auf einer politischen Veranstaltung wurde ihr das Recht auf Mitsprache mit der Begründung abgesprochen, dass sie „zu spät“ und „auf der falschen Seite“ geboren worden sei – sprich nach der Wende und nicht in einem ostdeutschen Bundesland. Zum einen aus ebenjener Abwehrhaltung gegenüber politisch Engagierten, die möglicherweise den konstruktiven Streit suchen, resultiert die Wahrnehmung von Konformismus unter den Interviewpartner*innen: Dialoge seien nur möglich, wenn die politischen Ansichten übereinstimmen. Zum anderen, so sieht es eine Interviewpartnerin aus dem Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, verstetige sich das Gefühl, dass „die da oben“ Entscheidungen alleine treffen – oft mit unbefriedigenden Ergebnissen für die Bürger*innen.²⁷ Weiterhin wird den Spitzenpolitiker*innen vorgeworfen, sie träfen ihre Entscheidungen aus egoistischen Beweggründen: „In Sachsen werden viele Ideen verworfen, weil die Politik (...) viele Wege nicht geht. Das ist für mich Politikversagen“, urteilt eine Befragte aus Dresden.

„In Sachsen sieht man klar den Konflikt zwischen einer Politik, die nur verwaltet, und einer Zivilgesellschaft, die sich noch nicht als gestaltende demokratische Kraft gefunden hat.“

Die Interviews erwecken den Eindruck einer Pattsituation zwischen Politik und Gesellschaft: Jene, die mitgestalten wollen, fühlen sich nicht abgeholt. Eine Dresdnerin betont, dass sie sich nicht mehr davon beeinflussen lasse, ob Menschen ihre Meinung hören wollen oder nicht. Für sie sei es wichtig, eine gesellschaftliche Vorbildrolle einzunehmen

²⁷ Als Beispiel nennt die Befragte die politische Entscheidung über das Ansiedeln von Wölfen in Sachsen. Es wirke, als wären die praktischen Probleme, die diese Entscheidung für die Menschen vor Ort verursacht, nicht mitgedacht worden.

und sich in ihrem Engagement für Veränderung nicht unterkriegen zu lassen. Für eine Vielzahl der Befragten birgt vor allem die aktuelle Politik von Ministerpräsident Michael Kretschmer das Potenzial, um das „doppelte Demokratiedefizit“ aufzulösen: Bürgernähe, Dialog und Transparenz scheinen in den Augen der Befragten valide Mittel, um die Bürger*innen bei ihren Wünschen und Bedenken abzuholen. Allerdings – so ein Befragter aus Görlitz – müsse er erst noch beweisen, dass er als „Youngster“ in der Lage sei, die Interessen der Menschen in Sachsen auch gegenüber den „Mächtigen“ auf Landes- und Bundesebene durchzusetzen.

5.2 „Mehr Politik mit Plan und weniger nach Plan, bitte“

„Politik und Gesellschaft in Sachsen schiffen momentan auf rauher See, aber wir wissen nicht, wohin wir fahren.“

In Sachsen scheint es an (verständlichen) politischen Konzepten und Visionen für die zukünftige Entwicklung zu mangeln. Den Menschen in Sachsen fehle es dadurch an Orientierung und Perspektiven – und das führe letztendlich zu dem „Verlust von Vertrauen in die Politik“, so ein Befragter aus dem Bildungsbereich. Ein Interviewpartner aus Leipzig spricht sich vor diesem Hintergrund für das Konzept einer „qualifizierten Demokratie“ aus. In seinen Augen könnte die Einführung von Persönlichkeits- und Fachtests für Minister*innen helfen, das Vertrauen in Sachsens Zukunft zu stärken – und Sachsen scheint vor drängenden Zukunftsfragen zu stehen. Als besonders dringlich wird unter den Befragten der Ausstieg aus der Braunkohle und der Umgang mit Migration gesehen – zwei Herausforderungen, die „gut und behutsam“ bewältigt werden müssten. Am Beispiel des gesellschaftlichen Engagements in der Hochphase der Migration 2015/2016 habe sich gezeigt, so eine Interviewpartnerin aus Mittelsachsen, wie schnell sich Frustration unter Engagierten ausbreite. Förderprogramme allein könnten langfristige Strategien nicht ersetzen. Da „schnelle Lösungen“ im Umgang mit Migration utopisch seien, fehle es hier vor allem an gesetzlichen Rahmenbedingungen, die den Bürger*innen Orientierung geben.

„Der Politik in Sachsen fehlt es an Visionen und Gestaltungsanspruch.“

Michael Kretschmer als Symbol für Dialog und Wandel

Die Ernennung von Michael Kretschmer zum Ministerpräsidenten im Dezember 2017 wird von der überwiegenden Mehrzahl der Befragten als Gewinn für den öffentlichen Diskurs wahrgenommen: „Die Politik muss wieder lernen, wie die Menschen und die Gesellschaft funktionieren“, so ein Befragter aus Leipzig – und durch die Politik von Ministerpräsident Kretschmer scheinen sich hier Fortschritte abzuzeichnen.

Die „intensiven Bemühungen“ der sächsischen Regierung um Transparenz und Nähe zu den Bürger*innen würden hoch geschätzt und seien dringend notwendig, um „besonders in Zeiten einer sehr einseitigen Berichterstattung (...) Aussagen korrigieren und besser einbetten“ zu können.

Die Aufgabe der Regierung sieht ein Befragter aus Chemnitz zukünftig darin, Politik weitaus mehr zu erklären: „Die Bevölkerung muss politisches Handeln verstehen, sie muss mitgenommen werden.“ Gerade für ältere Menschen seien die politischen und bürokratischen Vorgänge oft kompliziert und dadurch unverständlich, kritisiert ein Interviewpartner aus dem Landkreis Leipzig.

Für einen interviewten Vertreter aus der Zivilgesellschaft darf die Zukunft Sachsens dabei nicht allein an dem amtierenden Ministerpräsidenten festgemacht werden: „Er allein kann nichts verändern. Die Struktur und das Bewusstsein der Menschen, der Politiker*innen müssen sich ändern“, findet er.

Sachsens Demokratie: Gefestigt oder erstarrt?

In Sachsen dominiert seit der Wiedervereinigung die CDU als stärkste politische Kraft – ein deutschlandweit einzigartiges Phänomen.

Die Wahrnehmung demokratischer Strukturen und Institutionen als „gefestigt“ ist somit auch ein Verdienst der CDU. Gleichzeitig fassen Befragte aus unterschiedlichen Landkreisen die über 25-jährige Regierungszeit der CDU als eine „Art Hegemonie“ auf, die die Interviewten in Teilen als problematisch bewerten. „Die CDU klammert sich an die Macht und wirkt starr“, urteilt eine Dresdnerin.

Für das Jahr 2030 wünscht sich ein Gewerkschaftsmitglied, dass der „CDU-Trott“ ausgedient hat.

In der Mehrzahl der Gespräche wird zudem der Wunsch nach mehr Orientierung durch die Landesregierung deutlich: „Die Menschen, die in Sachsen leben und arbeiten, brauchen einen Plan, wie sie sich in Zukunft aufstellen sollen“, so ein Befragter aus Görlitz.

Angesichts der großen Zukunftsherausforderungen – mit besonderem Blick auf die Digitalisierung, die Entwicklung ländlicher Regionen und Zuwanderung – werden kaum politische Visionen und Konzepte der Koalition unter CDU-Führung wahrgenommen.

Für die zukünftige Entwicklung und Kommunikation langfristiger Strategien wünscht sich eine Befragte aus Dresden ein mutiges, transparentes und partizipatives Vorgehen der Landesregierung. Als Kern für die Entwicklung von langfristigen Perspektiven sieht sie zu allererst die Einbeziehung der Erfahrungen und Expertisen aus der breiten Bevölkerung. In der Kommunikation sei es in ihren Augen besonders wichtig, dass die Landesregierung mutig benenne, dass die großen Zukunftsfragen nicht innerhalb einer Legislaturperiode gelöst werden könnten. Zudem seien politische Maßnahmen, die Planungssicherheit geben, in Teilen der Bevölkerung oft wenig populär. Dies zeige sich aktuell bei dem „Einstieg in den Ausstieg“ aus der Braunkohle. Doch gerade bei unpopulären Themen wünscht sich die Befragte, dass die Regierung verfügbare Ressourcen prüft, klare Standpunkte bezieht und der Bevölkerung einen Zeitrahmen für die Umsetzung von Maßnahmen zum Braunkohle-Ausstieg kommuniziert.

5.3 Innere Sicherheit als Schlüsselthema politischer Ordnung

In kaum einem Themenfeld gehen die Wahrnehmungen der Befragten weiter auseinander als mit Blick auf Sachsens innere Sicherheit. In der Debatte lohnt sich daher zunächst die Betrachtung des subjektiven Sicherheitsempfindens der Befragten. Während eine Vertreterin des Bildungsbereichs von Kolleg*innen aus dem Ausland mitbekommt, dass diese sich dort zum Teil wesentlich sicherer fühlen als in ihren Heimatstädten, nimmt ein Interviewpartner aus Leipzig Defizite in der inneren Sicherheit als den Hauptgrund dafür wahr, dass es „in Sachsen drunter und drüber geht“. Laut eines Befragten aus Dresden spaltet sich die Diskussion zur Sicherung der inneren Ordnung im Freistaat zwischen jenen, die sich ein „Durchgreifen mit ‚harter Hand‘“ wünschen und jenen, die mehr Einsatz der sozialen Arbeit fordern.

In Bezug auf die subjektive Wahrnehmung von Sicherheit habe sich der massive Stellenabbau in der sächsischen Polizei unter der schwarz-gelben Regierung (2009 bis 2014) negativ ausgewirkt, so ein interviewter Kommunalpolitiker. Genau hierin wurzele die Befürchtung, dass der Staat sein Sicherheitsversprechen nicht einhalten kann. Wenn es sowohl im ländlichen als auch im städtischen Raum keine Ansprechpartner*innen oder Polizeistationen mehr gebe, entstehe der Eindruck,

dass der Staat sich nicht um die Sicherheit der Bevölkerung kümmere. Deshalb zahle dauerhafte polizeiliche Präsenz, auch in ländlichen Regionen, auf ein höheres Sicherheitsempfinden der Bevölkerung ein. Dennoch betont er, dass „der Zusammenhang zwischen der ‚Sichtbarkeit‘ des Staates durch Polizeikräfte und dem Sicherheitsempfinden der Bevölkerung zum Teil etwas absurd [ist], wenn man bedenkt, wie überpräsent der Staat in Sachsen bis 1989 war.“

Die ganz unterschiedlichen Einschätzungen zum Thema innere Sicherheit lassen sich – neben dem hohen Maß an Subjektivität im Sicherheitsempfinden – auch durch ein Paradoxon begründen, das ein befragter Kriminalbeamter erklärt:

„Besonders gering ist das Sicherheitsempfinden in ländlichen Gegenden, die kaum mit Kriminalität belastet sind. Dort schwächt eine einzelne Straftat das subjektive Sicherheitsempfinden weitaus mehr als in Städten, in denen Sachbeschädigung, Ladendiebstähle und Gewaltkriminalität beinahe an der Tagesordnung sind.“

Folglich zeigt sich eine große Diskrepanz zwischen wahrgenommener Sicherheit und tatsächlicher Kriminalitätsbelastung. Insbesondere ältere Menschen ließen sich von ihrem subjektiven Sicherheitsgefühl manipulieren, ohne eine entsprechende Einordnung von Einzelereignissen vorzunehmen.

Sicherheit im ländlichen Raum

Statistisch gesehen ist die Kriminalitätsbelastung in Sachsen in Städten und grenznahen Regionen höher als in ländlichen Gebieten (Kriminalitätsatlas 2016).

Ein interviewter Kriminalbeamter betont jedoch, dass sich die Menschen auf dem Land in der Regel weniger sicher fühlten als in den Städten. Diese Wahrnehmung begründe sich in einer geringeren Präsenz von Polizeistationen und Polizeikräften – eine Folge von Strukturreformen im ländlichen Raum und massiven Personaleinschnitten bei der Polizei unter der schwarz-gelben Regierung (2009 bis 2014). Doch im Hinblick auf die Sichtbarkeit von Sicherheitskräften in ländlichen Gebieten habe sich in den letzten Jahren viel getan, so ein Interviewpartner aus Dresden. Bei der Polizei seien nicht nur „Tausende neue Stellen“ geschaffen, sondern auch die Angebote in den Bereichen Katastrophenschutz und Katastrophenvorsorge spürbar ausgeweitet worden.

Auch die Kriminalität in den grenznahen Regionen – nach massiven Steigerungen im Zuge der EU-Osterweiterung 2004 – sinke mittlerweile auf Werte, die das Niveau vor 2004 sogar unterschritten. Dafür sei hauptsächlich die Reduzierung der Einkommensunterschiede zwischen den drei Ländern ausschlaggebend, aber auch die Einrichtung von Sonderkommissionen, wie zum Beispiel die Sonderkommission „KFZ-Kriminalität“ des sächsischen Landeskriminalamts sowie die polizeiliche Zusammenarbeit der sächsischen Polizei mit den Sicherheitskräften aus Polen und Tschechien.

5.4 Starke Polizei = starke Demokratie?

Die Wahrnehmung eines funktionierenden Staates scheint für die Menschen in Sachsen eng an eine hohe subjektive Wahrnehmung von Sicherheit geknüpft. Hierfür seien nicht nur eine sichtbare und effiziente Arbeit der Polizei grundlegend, sondern auch ein demokratisches Auftreten der Polizeikräfte im Einklang mit der deutschen Verfassung. In der Wahrnehmung eines Befragten aus Dresden erscheinen diese Zusammenhänge für einen Großteil der Bevölkerung jedoch zweitrangig.

„Detailfragen zum Demokratieverständnis der Polizei werden nur am Rande gestellt. Die Mehrheit der Bevölkerung hat ausschließlich ein Interesse daran, dass die Polizei genug Personal hat und ab und an als Vertretung des Staats wahrgenommen werden kann.“

Die Interviewpartner*innen hingegen stellen sowohl innerhalb der Polizeikräfte als auch innerhalb der Institution selbst Demokratiedefizite fest. In den Augen eines Befragten aus Dresden wiegt die offensichtliche Verflechtung von Sicherheitskräften mit dem rechten Milieu, die in Sachsen „häufiger und gravierender“ als in anderen Bundesländern auftreten, in der Wahrnehmung der Sicherheitskräfte besonders schwer.²⁸ Gepaart mit einer mangelhaft ausgeprägten Kultur im Umgang mit Fehlern, verstärkte sich nach Meinung eines interviewten Kriminalbeamten der Eindruck eines Demokratiedefizits innerhalb der Institution als solche. Jedoch betrachtet der Befragte die Rolle der Medien in diesem Zusammenhang kritisch: Obwohl in der sächsischen Polizei Demokratiedefizite existierten, würden Medien und Politiker*innen „das Bild einer undemokratischen sächsischen Polizei“ aufbauschen. Ein solches Aufbauschen der Informationen mit Blick auf das Demokratieverständnis der Polizei sieht er als in anderen Bundesländern unmöglich an. In eine ähnliche Richtung tendiert eine Befragte aus dem Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, die dazu mahnt, das Bild der sächsischen Polizei zu differenzieren: „Die Vorurteile einer rassistischen sächsischen Polizei bestätigen sich in der Praxis nicht.“ Aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeit stehe sie häufig in Kontakt mit westdeutschen Kolleg*innen, die von der „Sachlichkeit, Kompetenz und Freundlichkeit“ der sächsischen Polizei positiv überrascht seien.

Die Bemühungen der Polizei, sich als „bürgernah“ und transparent zu präsentieren – und damit auch einem rechten Image entgegenzuwirken

– stoßen bei den Befragten auf Anerkennung. Ein Dresdner lobt die Bemühungen der Polizei in den sozialen Medien: „Es ist eine spannende Entwicklung, dass die Polizei soziale Medien nicht nur dafür nutzt, operative Erfolge zu vermitteln, sondern auch um zu diskutieren und gegen Fake News vorzugehen.“ Dem Auftritt der Polizei Sachsen bei Twitter folgten über 70 000 Menschen. Im Vergleich: Damit hat die sächsische Polizei 60 000 Follower mehr als der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer oder die Freie Presse, die auflagenstärkste Regionalzeitung in Sachsen.

Das Vertrauen in die Polizei als Wahrerin der öffentlichen Ordnung bei gleichzeitiger Verunsicherung durch beobachtete Demokratiedefizite dient auch als Erklärungsansatz für die gespaltenen Meinungen gegenüber dem Entwurf zum neuen Polizeigesetz in Sachsen vom 18. September 2018. Einerseits stellt ein Befragter aus Leipzig heraus, dass sich Gesellschaften nur positiv entwickeln könnten, wenn eine ausreichende Anzahl von Polizeikräften mit einem robusten Mandat die Sicherheit der Bevölkerung garantiere.

Gleichzeitig stellt er sich die Frage, ob es eines Polizeigesetzes mit einer derartigen Erweiterung der Kompetenzen²⁹ bedarf, welches im Vergleich mit anderen Bundesländern als „besonders rigide“ wahrgenommen wird. Vielmehr scheint das Polizeigesetz selbst ein Unsicherheitsfaktor mit Blick auf die innere Sicherheit im Freistaat: „Durch das Polizeigesetz werden viele Befugnisse auf die Polizei verlagert, die vorher des Blicks eines Richters bedurft hätten. In meinen Augen öffnet das vor allem willkürlichen Maßnahmen die Tür“, urteilt ein Vertreter aus der Zivilgesellschaft. Ein interviewter Kommunalpolitiker betrachtet für die Stärkung der inneren Sicherheit vielmehr den Abbau von Bürokratie als notwendig. Vorhandene Möglichkeiten könnten dadurch effizienter ausgeschöpft werden – ohne dabei zwangsläufig Befugnisse der Polizeikräfte zu erweitern.

²⁸ Als Beispiele nennt er Handschläge von Polizisten mit Demonstrierenden von PEGIDA oder die Beschimpfungen von Journalisten durch einen sächsischen Mitarbeiter des Landeskriminalamts auf einer PEGIDA-Demonstration.

²⁹ Hierbei werden insbesondere die Eingriffsbefugnisse gegen sogenannte Gefährder, die erleichterte Überwachung der Telekommunikation, die geplante Ausweitung der Videoüberwachung, beispielsweise mit Mitteln der Gesichtserkennung, sowie die Militarisierung der Polizei durch den Einsatz von Maschinengewehren und Handgranaten kritisiert (Polizeigesetz stoppen!: 2018).

**„Wenn ich mir Sachsen
als Tier vorstelle, dann
wäre es ein Wolfninchen,
denn Sachsen verhält sich
ambivalent, ist ein
,Rudeltier‘ mit
Regionalstolz und
Gemütlichkeit, aber hat
gleichzeitig Angst vor
dem ,Außen‘.“**



6 Startschuss 2.0 für die Zivilgesellschaft

Auf der Grundlage der geführten Gespräche entsteht der Eindruck, dass gesellschaftliches Engagement für die Menschen in Sachsen zu den Schlüsseln für eine lebenswerte Zukunft zählt. Parallel zu dem ausdrücklichen Wunsch nach einem höheren Anspruch auf (Selbst-) Gestaltung aus der Gesellschaft heraus werden Erklärungsansätze gesucht, die den aktuell wahrgenommenen Mangel an Engagement begründen.

„Ich wünsche Sachsen, dass sich die Menschen mehr engagieren – in der Gemeinde oder im politischen Bereich.“

Die Befragten identifizieren vor allem individuelle Gründe als Hindernisse. Ein Vertreter einer zivilgesellschaftlichen Organisation gibt zu bedenken, dass die Menschen gesellschaftliches Engagement in der Jugend erlernen. Heute sei dafür allerdings kaum mehr Raum: „(...) sie [die Jugendlichen, Anm.] müssen zu fünf Sportvereinen und zur Nachhilfe, um dann den besten Studienplatz zu bekommen.“ Allerdings betrachten Befragte aus Leipzig und Dresden gerade jene (Sport-)Vereine als wichtige Begegnungsorte für Menschen aus unterschiedlichen sozialen Kontexten. Vereine fungierten dabei selbst als Orte großen gesellschaftlichen Engagements, wobei sie das Potenzial aufweisen, persönliche Ressentiments zu mindern. Nur im persönlichen Miteinander und im Austausch über Ängste und Nöte könne man entdecken, „wo unsere Bezüge sind“, aber auch, „was uns als Gesellschaft zusammenhält“, findet eine Befragte aus dem Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge. Daran anknüpfend, fordert ein Interviewpartner aus Leipzig, dass der Zugang zu Vereinen niedrigschwelliger gestaltet werden solle, beispielsweise durch eine direkte Vorstellung der Vereinsangebote an Schulen. Für einen befragten Dresdner wäre es darüber hinaus denkbar, dass die Menschen einen Tag in der Woche von ihrem Job freigestellt würden, um einem Ehrenamt nachzugehen. Auch innerhalb der Gruppe der Studierenden und Berufseinsteiger*innen beobachtet ein Kommunalpolitiker den Trend, dass junge Menschen nach der Schule immer häufiger ihren Wohnort wechseln und dadurch weniger Interesse haben, sich lokal zu engagieren. „Die strikte Lebensplanung“, so ein Befragter aus Zwickau, sei ein zentraler Grund, unter dem gesellschaftliches und ehrenamtliches Engagement leide.

Neben diesen individuellen Gründen erkennen die Interviewten vermeintlich strukturelle Barrieren für gesellschaftliches Engagement. Nicht jede Form des Sicheinmischens sei von allen Teilen der Gesellschaft anerkannt.

„Sachsen braucht mehr Mut und Sinn für Gemeinsamkeit.“

Ein interviewter Arbeitnehmervertreter berichtet von Vorfällen, in denen Mitarbeiter*innen gemobbt und gemieden wurden, die sich für die Gründung eines Betriebsrats einsetzten – wovon es deutschlandweit in Sachsen die wenigsten gibt. Zudem könnten die Arbeitnehmer*innen ihre Interessen am Arbeitsplatz – beispielsweise eine stärkere Tarifbindung – wesentlich schlechter durchsetzen. Obwohl die Mitgliedszahlen der sächsischen Gewerkschaften wiederum im deutschlandweiten Durchschnitt liegen, zeige sich die Wirksamkeit gewerkschaftlicher Organisation in Sachsen als unzureichend.

6.1 Politische (Mit-)Gestaltung lernen und leben

„Die Gestaltung der Gesellschaft darf nicht nur von der Politik ausgehen, sondern muss aus dem Inneren selbst kommen – auch Unternehmen und Einrichtungen müssen die demokratische Struktur stärker leben.“

„Ein großer Teil der Menschen in Sachsen hat nur ein sehr geringes Wissen darüber, wie unsere politische Ordnung funktioniert, was sie ausmacht und welche Rolle sie als Einzelpersonen, welche Rolle die Parteien und andere gesellschaftliche Institutionen spielen.“

Auf dem Weg zu einer aktiven politischen Zivilgesellschaft scheint Sachsen noch einige Schritte mehr gehen zu müssen. Nach Ansicht der Befragten sind hierfür zweierlei Ansatzpunkte essentiell: Erstens bedürfe es einer stärkeren Vermittlung der Funktionsweise des demokratischen Systems und der Rolle der Zivilgesellschaft in diesem System. Zweitens brauche es eine intensivere Auswertung der bereits gewonnenen zivilgesellschaftlichen Erfahrungen, um einen Lernprozess anzustoßen und die Selbstwirksamkeit³⁰ zu steigern.

Mehr Engagement: Jetzt!

Befragte – sowohl aus dem städtischen als auch aus dem ländlichen Raum – verweisen auf eine vielversprechende Quantität und Qualität zivilgesellschaftlicher Initiativen, beispielsweise die soliden sportlichen und kulturellen Vereinsstrukturen, das kirchliche Engagement oder den gesellschaftlichen Einsatz der freiwilligen Feuerwehr. So betont ein Befragter aus Nordsachsen: „Gerade in ländlichen Gebieten wäre ohne gesellschaftliches Engagement vieles nicht möglich.“ Eine im Bereich Umwelt engagierte Dresdnerin lobt die Strahlkraft zivilgesellschaftlicher Initiativen, die der Schwerfälligkeit der Verbände, der Verwaltung und der Politik entgegenwirkt. Besondere Anerkennung erfährt das Bündnis „Gemeinschaftsschule in Sachsen – länger gemeinsam lernen“. Das unabhängige Bündnis aus Bildungsexperten, Verbänden, Gewerkschaften und Parteien setzt sich für die Einführung von Gemeinschaftsschulen als gleichberechtigte Schulart ein. Ziel der Gemeinschaftsschulen ist ein gemeinsames Lernen von Schüler*innen vom Schulanfang bis zum -abschluss – ohne die Kinder ab der fünften Klasse nach Leistungen zu trennen. Ein Befragter aus Bautzen wünscht sich „viel mehr“ solcher Initiativen.



³⁰ Hierunter versteht die Dresdnerin die Gewissheit, Herausforderungen aus eigener Kraft souverän bewältigen zu können: Je häufiger Schwierigkeiten in der Vergangenheit gemeistert wurden, desto eher verstärken diese durchlebten Erfahrungen das Gefühl der Selbstwirksamkeit.

Die Befragungen zeigen, dass die Vernachlässigung der politischen Bildung in Sachsen als generationsübergreifendes Problem mit gravierenden Folgen wahrgenommen wird: Vielen Menschen mangle es an einem „Verständnis für das ‚große Ganze‘“ und an einem Zugang dazu, wie sie ihre Interessen in den „großen politischen Zusammenhang“ einordnen können. An diese Erkenntnis schließt sich die Forderung an, dass sowohl Schulen als auch Einrichtungen der (politischen) Erwachsenenbildung neben den politischen Institutionen hier weitaus mehr in die Verantwortung gezogen werden müssten. Laut eines Interviewpartners aus Leipzig ergibt sich hierbei die Chance, die Bevölkerung in Sachsen – durch ein massiv ausgebauten Angebot an politischer Bildung – auf eine breiter geteilte Wissensbasis zu stellen. Als Ergebnis dessen wünscht er sich mehr Verständnis für unterschiedliche Ansichten und Kulturvorstellungen – aber auch die Grundlagen für konstruktiven politischen Streit und Konfliktlösungen.

Parallel zu den Anforderungen an die politische Bildung gibt eine Befragte an, dass sie die Zeit seit 1990 als relativ kurzen Zeitraum wahrnehme, um in die Rolle einer aktiven Staatsbürgerschaft hineinzuwachsen. Einem Defizit im Bewusstsein über die gestalterischen Möglichkeiten des Einzelnen folgt somit ein Mangel an Erfahrungen der Selbstwirksamkeit in einer demokratischen Gesellschaft. Dieses fehlende Bewusstsein für die eigene Wirkungsmacht setzt eine Interviewpartnerin in den Kontext der DDR-Sozialisation. Diese führe in weiten Teilen der sächsischen Bevölkerung noch immer zu der Einschätzung, dass man selbst „sowieso nichts bewirken“ könne. Dabei bildeten die Montagsdemonstrationen gegen die SED-Regierung, die von Leipzig, Plauen und Dresden auf die gesamte DDR überschwappten und entscheidend zum Ende des SED-Regimes beitrugen, ein eindrucksvolles Beispiel für Selbstwirksamkeit, auf dem sich (noch immer) aufbauen ließe. Dennoch scheinen sich die resignativen Ansichten über die eigenen gestalterischen Möglichkeiten in den Köpfen der Menschen bis heute überraschend hartnäckig zu halten.

„Wir brauchen mehr Stolz auf das, was schon erreicht wurde. Als Ursprung der friedlichen Revolution müsste Sachsen einen enormen Stolz entwickeln, aber das sehe ich nicht.“

Statt aus der friedlichen Revolution jedoch positive Energien freizusetzen, falle die progressive Rolle Sachsens um 1989/90 gegenwärtig scheinbar ausschließlich in die Deutungshoheit von AfD und PEGIDA – im Sinne von: „Wir haben 1989 eine Regierung gestürzt, wir können auch 2018 eine Regierung stürzen“, so eine der Befragten. Paradoxiertweise sieht sie die nationalkonservative und ausländerfeindliche Organisation PEGIDA, die bereits seit 2014 in Dresden gegen die deutsche Asyl- und Einwanderungspolitik demonstriert, als Beispiel für ebenjenen Mangel an Selbstwirksamkeit: „Es finden sich tausende Menschen zusammen, die gegen etwas sind, aber sie schaffen es nicht, daraus etwas Konstruktives zu entwickeln“.

„Ich wünsche Sachsen mehr Mut, Dinge anzugehen (...) – denn es wird höchste Zeit, sich um die Demokratie in diesem Land zu kümmern.“

Um dieses wahrgenommene Defizit zivilgesellschaftlicher Organisation zu überwinden, formulieren die Befragten klare Forderungen: Gesellschaftliche Gestaltung bedarf sowohl einer Öffnung der Politik als auch – und insbesondere – der Demonstration eines aktiven Gestaltungsanspruchs der Bürger*innen. Eine starke Zivilgesellschaft ist, nach Meinung der Mehrheit der Befragten, der Schlüssel zur Stärkung der (repräsentativen) Demokratie. Dafür brauche es eine engagierte Bürgerschaft, die sich austauscht und zusammenschließt, „um Ideen und Vorstellungen umzusetzen“, fordert ein Befragter aus Bautzen. Engagement in Verbänden, jenen bereits bestehenden Zusammenschlüssen von Interessengruppen, verdeutliche, wie wichtig eine gesamtgesellschaftliche Auseinandersetzung mit politisch relevanten Themen sei: Ohne sie [die Verbände, Anm.] – unter der Bedingung, dass „sie es richtig verstehen, sich die Bälle hin- und herzuwerfen“ – bewege sich in der Politik leider viel zu wenig, urteilt eine interviewte Promotionsstudentin.

Für die sächsische Landesregierung unter Ministerpräsident Michael Kretschmer ergibt sich aus dem Zusammenhang der Interviews eine Doppelrolle: Erstens müsse sich die Landesregierung selbst aktiv in den gesellschaftlichen Austausch einbringen. Zweitens sehen es die Befragten als Aufgabe der Landesregierung, ein „partizipationsfreundliches“ Klima zu schaffen, denn gerade politisches Engagement dürfe nicht als „Störfaktor“ gelten. Um ein solches Klima zu verwirklichen, müss-

ten seitens der Politik Rahmenbedingungen gesetzt werden, die das Engagement von Bürger*innen und Verbänden ermöglichen – auch finanzieller Art. Zudem offenbart sich die von den Befragten wahrgenommene „Verrohung“ der öffentlichen Debatten aktuell als Hindernis für politische Mitgestaltung. Der angestaute Zorn der Menschen führe dazu, dass sich auch der politische Dialog in den neuen Formaten wenig konstruktiv gestalte, da man sich eher anschreie als politisch debattiere: „Unterstellungen, Beschimpfungen [gegenüber den Politiker*innen, Anm.] und nicht das, was man eine Diskussion nennen könnte, findet dort statt“, so eine interviewte Chemnitzerin.

Im Sinne eines zweiten Startschusses für die Zivilgesellschaft in Sachsen – gute Ansätze bestehen ja bereits – bedarf es vor diesem Hintergrund offenbar einer Erweiterung des Erfahrungsschatzes sowohl auf politischer als auch auf zivilgesellschaftlicher Seite. Von politischer Seite bedarf es einer deutlicheren Absteckung des Rahmens, in dem politische Partizipation stattfinden soll. Von der Zivilgesellschaft selbst werde erhofft, dass sie ein Bewusstsein über die eigene Gestaltungsmacht revitalisiert – anknüpfend an die immens weitreichenden und positiven Erfahrungen der politischen Umbrüche 1989/90. Die Zunahme solcher zivilgesellschaftlichen Erfolge könne letztendlich aber nur einsetzen, indem sich mehr Menschen aus den diversen Gesellschaftsbereichen in Sachsen mutig engagieren und anpacken – ganz nach der Devise „Learning by Doing“.

6.2 Überwindung der sozialen Spaltung, Stärkung des Zusammenhalts

Der in den Gesprächen auffallende Wunsch nach mehr Gestaltungsanspruch der Bürger*innen wirft die Frage auf, was sich die Menschen in Sachsen von einem Mehr an gesellschaftlichem Engagement erhoffen. Die Antwort darauf ist in einer Vielzahl der Interviews ähnlich: Wir brauchen mehr Menschen, die sich für das gesellschaftliche Gemeinwohl einsetzen, um die gesellschaftliche Spaltung zu überwinden und den sozialen Zusammenhalt zu stärken. In den Augen einer Befragten aus Chemnitz stellte das Auseinanderbrechen der Gesellschaft – sowohl deutschlandweit als auch in Sachsen – eine der größten Sorge der Menschen dar.³¹

(K)E(i)ngagement gegen rechts?

i

Während das Engagement der Zivilgesellschaft in ländlichen Regionen und im Bildungsbereich positiv bewertet wird, wird das Engagement gegen rechts von den Befragten – bis auf wenige Ausnahmen – als schwach wahrgenommen. Einem Interviewpartner aus der Kunst- und Kulturszene mangelt es an Gegenaktivitäten bei rechtspopulistischen und -extremistischen Veranstaltungen – speziell von Dresden sei er enttäuscht. Ein Interviewpartner mit Wohnort in Dresden betont, dass er gerade im Engagement gegen rechts noch die größte Mobilisierung der jüngeren Bevölkerung sehe. Hierbei stellt sich die Frage, ob sich das Engagement junger Menschen in Sachsen möglicherweise auf einem generell niedrigen Niveau befindet. Auffällig sei in diesem Kontext, dass sich zivilgesellschaftliche Organisationsformen – gerade unter jungen Menschen – zunehmend „informellisieren“, wie der Befragte betont. Insbesondere die Organisation über die Kanäle der sozialen Medien erschwere es, zivilgesellschaftliches Engagement gegen rechts zu quantifizieren. Auch die Positionierung der Regierung gegen rechte Ideologien wird als unzureichend wahrgenommen. Ein Befragter aus Bautzen kritisiert den von Ministerpräsident Michael Kretschmer verfassten Tweet („Es gab keinen Mob, es gab keine Hetzjagd, und es gab keine Pogrome in dieser Stadt.“) als „erstaunlich“ und unangebracht. In solchen Situationen würde er sich wünschen, dass die Landesregierung als standhaftes Vorbild im Kampf gegen rechts auftrete. Auch im Umgang mit PEGIDA habe die sächsische Regierung, in der Auffassung einer Interviewpartnerin aus der Hochschulbildung, „vollkommen falsch“ gehandelt: Der damalige Ministerpräsident Stanislaw Tillich hätte am Anfang mit der Organisation sprechen sollen „und dann nicht mehr“, so die Befragte. Tatsächlich sei es genau umgekehrt verlaufen. Eine Interviewpartnerin aus dem Bildungsbereich sieht die Politik stärker in der Verantwortung, die sogenannte „schweigende Mitte“ – jenen Teil der Bevölkerung, der „eben nicht diese demokratie- und ausländerfeindlichen Einstellungen“ hege – zu erreichen und zu unterstützen.

³¹ Im Sachsen-Monitor 2018 geben 78 Prozent der Befragten an, dass sie sich um den Verlust des sozialen Zusammenhalts sorgen (dimap: 2018).

Mehrere Gespräche offenbaren, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt „früher“, unter anderem zu DDR-Zeiten, als stärker wahrgenommen wurde.

Gründe hierfür liegen einem Interviewpartner aus Dresden nach in dem „überschaubarere[n] Horizont“ der DDR und der allgemeinen Ressourcenknappheit, die die Menschen in der DDR zu vermeintlich mehr Kooperation bewegten.³² Für den als rückläufig empfundenen sozialen Zusammenhalt werden von einem Befragten aus Zwickau die politischen Parteien verantwortlich gemacht: „Durch die extreme Polarisierung und Wortwahl wird dafür gesorgt, dass die Menschen keinen gemeinsamen Nenner mehr finden“, so der Interviewpartner. Gleichzeitig sieht ein Kunst- und Kulturschaffender in diesem Phänomen einen Zusammenhang zum andauernden Prozess der Individualisierung: „Meiner Meinung nach liegt das [Sinken des gesellschaftlichen Zusammenhalts, Anm.] daran, dass die Menschen mehr Nischen haben, in die sie sich hineinentwickeln können“. Auf diesem Weg entstünden jedoch fast zwangsläufig eine stärkere Ichbezogenheit für den Einzelnen und eine steigende Dominanz von Einzelinteressen für die Gesellschaft. Ein Befragter aus Dresden sieht hierin die große Gefahr für das Schüren von Vorurteilen und Ängsten.

Die Individualisierung scheint mittlerweile in allen Altersgruppen spürbar zu sein – auf Kosten des Engagements für die Gesellschaft. Ein Befragter aus Zwickau nimmt wahr, dass sich auch Rentner*innen zunehmend in den Ruhestand zurückziehen und weniger ehrenamtliche Positionen übernehmen. Vor dem Hintergrund, dass Menschen in der Altersgruppe ab 60 das „Rückgrat“ ehrenamtlichen Engagements in Deutschland sind (Statista: 2019), erscheint diese Einschätzung besonders folgenschwer. In einem anderen Gespräch in Dresden wird der älteren Bevölkerung jedoch weiterhin ein hohes Maß an (möglicherweise DDR-bedingter) Solidarität mit dem jeweiligen Gegenüber zugesprochen, das bei jungen Menschen weitaus weniger ausgeprägt sei. Diese Beobachtung bestätigt eine Universitätsmitarbeiterin aus Mittelsachsen: Unter dem freien Zugang zu Informationen am heimischen PC leide die Gemeinschaft junger Menschen an Universitäten. Gepaart mit dem Streben nach Individualisierung führe die geringere Teilhabe am städtischen und universitären Leben zu einer Verstärkung der Vereinzelung. Die als voranschreitend wahrgenommene Individualisierung der Studierendenschaft kann sich zukünftig zu einer ernsthaften

Herausforderung für Hochschulen und Universitäten entwickeln, die gesellschaftliches Engagement als einen ihrer Aufträge beanspruchen (Manuela Gronostay Thorsten Lenz: 2017).

Die Sorgen um die Auswirkungen von Individualisierung auf den sozialen Zusammenhalt in Sachsen scheinen den Hintergrund für den artikulierten Bedarf einer stärkeren „Gemeinwohlorientierung“ zu bilden. Angesprochen von zahlreichen Interviewten impliziert ein stärkeres Bewusstsein für das Gemeinwohl offenbar insgesamt ein „Mehr“. Einige Interviewpartner*innen wünschen sich mehr Empathie innerhalb der sächsischen Gesellschaft und mehr Kommunikation zwischen jenen Gruppen, deren alltägliche Begegnungen vermeintlich eher die Ausnahme als die Regel sind. Andere Befragte plädieren für mehr Mut sowie ein steigendes Bewusstsein für die Menschenrechte und die Potenziale der sozialen Arbeit. Ein Interviewpartner aus Dresden hofft auf ein stärkeres Ziehen „an einem Strang“, mehr gegenseitige Unterstützung sowie „(...) mehr Menschen, die unser aller Glück und unsere gute Entwicklung selbst in die Hand nehmen. (...)“, und meint dabei nicht unbedingt politischen Einsatz, sondern „Engagement an ganz unterschiedlichen Stellen“. Dies gelte für die einzelnen Personen genauso wie für die Politik, die ebenso einen „Sinn für Gemeinwohl“ vermissen lässt, so der Dresdner. Für einen stärkeren Blick auf die Gesellschaft als Einheit bräuchte es in den Augen eines Interviewpartners, der sich zivilgesellschaftlich engagiert, „wieder eine verbindende Idee oder Vision zwischen den Menschen“. Hierfür sieht ein befragter Gewerkschaftler zugkräftige Bündnisse aus kirchlichen Vereinen und Wohlfahrtsverbänden stärker in der Pflicht der Wertevermittlung, denn sie hätten – in seiner Wahrnehmung – das Potenzial, auf gesellschaftliche Bedarfe zu reagieren und Menschen in Sachsen dazu zu bewegen, mutig „auch mal einen Schritt weiter zu gehen.“

³² Eine Interviewpartnerin aus Chemnitz gibt zu bedenken, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt der DDR in ihren Augen im Wesentlichen auf der propagierten „marxistischen Solidarität“ aufbaute. Folglich sei mit (un-)solidarischem Handeln ein hohes Maß an sozialem Druck verknüpft gewesen. Aus diesem Grund entstand der Zusammenhalt scheinbar weniger aus der intrinsischen Motivation der Bevölkerung selbst als vielmehr staatlich „stark angeleitet und erzwungen“, kritisiert die Chemnitzerin. Unternehmen hätten sich Hilfgeldern und Spenden für die „sozialistischen Brüder“ kaum entziehen können und den Beschäftigten hätte man die Unterstützungsbeträge zum Teil zwangsweise von ihren Gehältern abgezogen.

**„Sachsen ist
für mich ein Hund,
der sich geprügelt fühlt,
aber eigentlich
sehr stark ist.“**



7

7 Neue Perspektiven: Zukunftsbilder – Zukunftsvorstellungen

Die unterschiedlichen Perspektiven der Interviewpartner*innen zeichnen nicht nur ein facettenreiches Bild der gegenwärtigen Gesellschaft, sondern verweisen auch auf jene „Stellschrauben“, die die Befragten für Sachsens Zukunft als richtungsweisend erachten. Besonders deutlich wird, dass die Interviewpartner*innen den Freistaat als Bundesland mit einem hohen Entwicklungspotenzial wahrnehmen.

„Wir lassen uns nicht unterbuttern. Wir Sachsen gucken immer nach vorn und nicht zurück.“

Die Interviewpartner*innen loben einerseits die hohe Qualität im Bereich Bildung und Forschung, die stabile Wirtschaftslage sowie die wachsende Anziehungskraft der Städte, vor allem für junge Menschen. Andererseits identifizieren die Befragten die strukturellen Herausforderungen im Freistaat – allen voran die „Nachwehen“ des politischen Umbruchs 1989/90, die anhaltende Abwanderung der Jungen und Qualifizierten sowie verfestigte Strukturen sozialer Ungleichheit. Diese Faktoren mindern die potenzielle Leistungsfähigkeit des Freistaats.

„Sachsen kommt mir vor wie ein Löwe, der in der Sonne liegt.“

Den gesellschaftlichen Umgang mit diesen Herausforderungen bewertet eine Mehrheit der Befragten als oftmals zu passiv. Um Sachsen den Weg in eine positive Zukunft zu ebnen, scheint es notwendig, vorhandene Handlungsspielräume besser zu nutzen.

Vielfalt statt Einfalt: Imagewandel gestalten

Sachsens Image spaltet sich zurzeit entlang zweier Achsen: Auf der einen Seite stehen die „schönen Landschaften“ und die kulturell attraktiven Städte des Freistaats als Tourismusmagneten. Allerdings würden außerhalb der Landesgrenzen fast ausschließlich die „Leuchttürme“ Leipzig und Dresden wahrgenommen, kritisiert ein Befragter aus Görlitz. Auf der anderen Seite stehen jene Bilder, die Sachsen mit rechter Gewalt und rechtspopulistischen (Wahl-)Erfolgen verknüpfen. Dazwischen, so die einhellige Meinung der Befragten, gibt es wenig.

Kultur und Religion als gesellschaftliches Bindemittel?

In Sachsen sind acht von zehn Menschen konfessionslos (Hoferichter & Jacobs GmbH: 2017). Befragte, die Religion als essentiellen Bestandteil ihres Lebensstils thematisieren, finden sich daher auch in den Gesprächen nur marginal. Die Mehrheit der Befragten beobachtet, dass Religion in der sächsischen Gesellschaft – im Vergleich zu Westdeutschland – anders „funktioniert“. Eine befragte Dresdnerin nimmt in der sächsischen Gesellschaft einen erheblichen Wunsch nach Halt wahr, diesen scheinen die Sachsen jedoch nicht in religiöser Zugehörigkeit zu finden. Vielmehr übernehmen familiär vermittelte Werte der Familien sowie ein starker Hang zum Konservatismus eine orientierungsgebende Funktion. Letzteres kennt eine in Nordrhein-Westfalen geborene Befragte so nur in Verbindung mit einer ausgeprägten Religiosität, die aber so nicht vorhanden sei. Ein Interviewpartner aus Bautzen sieht in Sachsen vielmehr die Gefahr, dass Religion als Instrument genutzt werde, um „gegen jemanden zu sein“ oder Hass zu schüren. Durch die untergeordnete Rolle, die Religion im Leben der Menschen in Sachsen spielt, übt die Kirche als Institution scheinbar keinen wesentlichen Einfluss als gesellschaftliche Akteurin und Vermittlerin von Werten aus. Aus diesem Grund basiere gesellschaftliches Engagement in Ostdeutschland in den Augen einer Befragten aus Chemnitz auch weniger auf christlichen Grundsätzen als in den westdeutschen Bundesländern und das „Anderen-Menschen-helfen-Wollen“ komme dadurch in Sachsen insgesamt „etwas zu kurz“. Für eine Interviewpartnerin aus dem Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge habe die Kirche in ihrer Gemeinde diese Schwäche als Chance genutzt, um sich als Begegnungsort für diverse Bevölkerungsgruppen zu öffnen – unabhängig von Religionszugehörigkeiten. Der Martinszug und das Krippenspiel würden dadurch zu Anziehungspunkten gesellschaftlicher Vielfalt – und die Kirche damit zu einem Bindeglied, das sie in Sachsen bislang nicht war, so die Befragte. Der Martinszug und das Krippenspiel würden dadurch zu Anziehungspunkten gesellschaftlicher Vielfalt – und die Kirche damit zu einem Bindeglied, das sie in Sachsen bislang nicht war, so die Befragte.

„Die Kirche bringt unterschiedliche Menschen zusammen.“

„Die Kirche bringt unterschiedliche Menschen zusammen. Bei uns im Ort hat sie verstanden, dass nicht alle dort Aktiven getauft und konfirmiert sein müssen. Sonst würden sie da ja nur mit 70-Jährigen sitzen. Die Öffnung für junge Familien jedoch läuft gut.“

Bei uns im Ort hat sie verstanden, dass nicht alle dort Aktiven getauft und konfirmiert sein müssen. Sonst würden sie da ja nur mit 70-Jährigen sitzen. Die Öffnung für junge Familien jedoch läuft gut.“

Neben Kirchen als Orte für Begegnungen von Menschen aus unterschiedlichen sozialen Kontexten spricht ein Befragter aus Leipzig der Rolle von (Sub-)Kultur ein erhebliches Potenzial zu, um ein offenes, reflektiertes und engagiertes Zusammenleben zu fördern – eine große Chance sieht er dabei auch für die Verbreitung von kultureller Vielfalt in den ländlichen Gebieten Sachsens. Durch die Nähe zu den EU-Ländern Polen und Tschechien sei Sachsen in einer besonders prädestinierten Position, um „Brücken zu schlagen“. Speziell der sorbischen Bevölkerung, einer anerkannten Minderheit in der Lausitz, wird aufgrund ihrer Sprachkompetenzen eine hervorgehobene Brückenfunktion in einer intensivierten Kooperation mit den beiden Nachbarländern zugesprochen. Als Aufgabe der Politik sieht es ein Interviewpartner aus Bautzen, „Schlüsselerlebnisse“ für grundsätzlich Kulturinteressierte zu schaffen, um deren kulturelle Einbindung zu stärken. Für besonders positive Effekte auf das gesellschaftliche Zusammenleben sei es jedoch notwendig, das individuelle Kulturverständnis jeder sozialen Gruppe anzuerkennen und (finanziell) zu fördern – und nicht ausschließlich jene Ausprägungen einer „Hochkultur“, zu der vielen Menschen in Sachsen der Zugang fehle.

„Das Außenbild von Sachsen ist verheerend. Eine Städtereise nach Dresden würde momentan niemand gewinnen wollen.“

Eine Chance für die Zukunft des Freistaats liegt demnach darin, ein vielseitigeres Sachsenbild zu schaffen. Einen ersten Ansatzpunkt bildet die sächsische Vorreiterrolle in den Bereichen Technologie und Innovation: So beheimatet Sachsen beispielsweise das größte europäische Wirtschaftscluster für Informations- und Kommunikationstechnik (IKT), die Wirtschafts- und Innovationskraft des Freistaats wird jedoch tendenziell unterschätzt.

Ein interviewter Wirtschaftsvertreter sieht in dem Imagewandel Sachsens eine „Generationenaufgabe“, in der es am wichtigsten sei, „positive Geschichten“ zu produzieren. Vor diesem Hintergrund schreitet die Stadt Chemnitz derzeit als gutes Beispiel voran: Die Stadt bewirbt sich als Europäische Kulturhauptstadt 2025, um einen Imagewechsel aktiv voranzutreiben. Jedoch könne ein Imagewandel Sachsens nur mit der Unterstützung der Medien gelingen, deren Berichterstattung über Sachsen zurzeit als eines der wesentlichen Hindernisse für eine positive Entwicklung wahrgenommen wird. Dabei appellieren die Interviewpartner*innen insbesondere an die überregionalen Medien, ihre Informationen gewissenhafter zu recherchieren, stärker in die jeweiligen Kontexte einzubetten und das Spektrum an Themen über Sachsen zu erweitern. Dies würde den Menschen im Freistaat ermöglichen, ihre Regionen besser zu gestalten – fernab von Stigmatisierung, die einseitige Negativbilder in den Medien derzeit allzu oft auslösten.

Abgrenzung von Ausgrenzung: Eine zeitgemäße sächsische Identität

In Sachsen sei es seit der Wiedervereinigung nicht gelungen, eine Identität zu entwickeln, die die veränderten Gegebenheiten im Zuge der Wiedervereinigung berücksichtigt, urteilt eine Interviewpartnerin aus Dresden. Weiterhin bleibe die Rolle Sachsens im gesamtdeutschen Gefüge unbestimmt. Die Unklarheit darüber, was die sächsische Gesellschaft „als Ganzes“ ausmacht, wirke sich negativ auf den sozialen Zusammenhalt aus – und führe zu einem eher zurückhaltenden Umgang mit den sächsischen „Eigenarten“, wie beispielsweise regionalen Mentalitäten und Dialekten sowie kulturellen Traditionen.

„Der sächsischen Gesellschaft fehlen die Wurzeln, mit denen sich die Menschen identifizieren können.“

In dieses Vakuum stoßen, nach Meinung einer Befragten, die rechts-populistischen Kräfte im Freistaat. Sie nutzten die fehlende gesamtgesellschaftliche Auseinandersetzung, um eine sächsische Identität zu konstruieren, die auf Abstammung und den spezifischen Charakteristiken eines „Volkes“ beruht – mit unzähligen sozialen Feindbildern und Abgrenzungsmöglichkeiten.

Eine der wesentlichen Herausforderungen in Sachsen ist demnach die Schaffung einer kollektiven Identität, die sich von rechten Ausgrenzungen absetzt und stattdessen die vielschichtigen Lebensrealitäten der Bürger*innen einbezieht. Die sächsischen „Eigenarten“, sofern sie als Bestandteile verschiedener Lebensweisen verstanden werden, ließen sich sodann selbstbewusst nach außen tragen. Ein Interviewpartner aus Dresden sieht in diesem Kontext auch Potentiale für die wirtschaftliche Entwicklung im Freistaat: Lokale Mentalitäten und regionale Besonderheiten sollten zukünftig als Anreize für einen welt-offenen Wirtschaftsstandort Sachsen dienen.

Stadt und Land: Kreative Ideen für den ländlichen Raum

Die Bevölkerung des ländlichen Raums, die 67 Prozent der Gesamtbevölkerung des Freistaats ausmacht, fühlt sich im Vergleich zur städtischen Bevölkerung zunehmend abgehängt. Im Vergleich zu den Städten, herrscht in den ländlichen Regionen des Freistaats eine vollkommen andere Lebensrealität. So erweist sich die Angst vor sozialem Abstieg in kleinen Gemeinden beispielsweise als überdurchschnittlich hoch (dimap: 2018). Darüber hinaus treffen die Folgen des demografischen Wandels den ländlichen Raum härter: Nach Hochrechnungen des Statistischen Landesamts verliert der Erzgebirgskreis bis 2025 knapp 20 Prozent seiner erwerbsfähigen Bevölkerung. Eine mögliche Folge ist der dramatische Verlust von Infrastruktur.

Sachsen in der „Medienfalle“

„Bundesdeutsche Medien entwickeln in Bezug auf Sachsen ein Faible für einseitige Berichterstattung“, urteilt ein Befragter aus der freien Wirtschaft. Das verzerrte Sachsenbild, das überregionale Medien zu verbreiten scheinen, kritisieren annähernd alle Interviewpartner*innen scharf. Insbesondere herrsche der Eindruck, dass Journalist*innen sich passende Geschichten zu ihren vorgefertigten Meinungen suchen. Beiträge über Sachsen seien entsprechend skandalös und aufgebauscht. Ein Befragter aus der Wirtschaftsförderung betrachtet die Landtagswahlen im September 2019 als gutes Beispiel für dieses Phänomen: In der medialen Berichterstattung entstehe der Eindruck, die AfD hätte die Wahlen bereits gewonnen. Sachsen rücke somit in der öffentlichen Wahrnehmung unumkehrbar nach „rechts“, obwohl der Ausgang der Landtagswahlen weiterhin vollkommen offen sei.

In der „einseitigen Problematisierung“ Sachsens in den überregionalen Medien finden viele Menschen ihre individuellen Lebensrealitäten offenbar nicht wieder, beziehungsweise stehen diese den medial erzeugten Eindrücken allzu oft entgegen. Vor dem Hintergrund der Debatte um öffentliche Sicherheit, Ausländerfeindlichkeit und AfD erzeugt die Berichterstattung – in den Augen einer Interviewpartnerin aus Bautzen – ein „befremdliches“ Bild, das die (Fremd-)Wahrnehmung Sachsens zu Unrecht bestimme. Eine befragte Chemnitzerin nimmt eine deutliche Diskrepanz zwischen ihrer Lebenswirklichkeit in Chemnitz und der Berichterstattung über die Stadt wahr: Obwohl sie die fremdenfeindlichen Ausschreitungen im August und September 2018 scharf verurteilt, scheint das zuletzt deutlich verbesserte Image der Stadt von dem „alten Bild“ überschattet: „Kann man da überhaupt leben? Ist man da überhaupt sicher?“, heiße es nun wieder aus dem Bekanntenkreis. Im Gegensatz dazu, findet ein befragter Dresdner, dass die Berichterstattung sächsischer Medien über die Ereignisse in Chemnitz relativ sensibel verlaufen sei.

„Bei schönen Geschichten aus Sachsen drehen sich die Journalist*innen gelangweilt um und gehen.“

Für einen Kommunalpolitiker basiert die Kritik an der medialen Berichterstattung über Sachsen auf der aktuellen Struktur der Medien. Viele Medieneinrichtungen strebten nach der Stärkung ihrer Auflage und litten unter akutem Personalmangel. Dabei scheint das Bewusstsein der Medien für ihre Verantwortung als „Sprachrohr der Gesellschaft“ unterzugehen. Eine Interviewpartnerin aus dem Bildungsbereich betont in diesem Zusammenhang, wie prägnant beispielsweise die Bilder der rechtsextremen Ausschreitungen in Hoyerswerda (1991) bis heute die Wahrnehmung der Stadt – und zum Teil auch des gesamten Bundeslands – prägen. Daher sei es in den Augen von Interviewpartnern aus Dresden und Chemnitz besonders wichtig, aktuelle Phänomene im jeweiligen Kontext zu betrachten, damit von Sachsen am Ende nicht nur das „traurige Bild von Fremdenfeindlichkeit und PEGIDA“ bleibe.

„Das Land ist gegenüber den Städten nicht konkurrenzfähig.“

Doch auch der ländliche Raum weist Potentiale für die zukünftige Entwicklung auf. Grundvoraussetzung für eine „Belebung des Landes“ sei die Anbindung an Ballungszentren, so ein Befragter aus dem Erzgebirgskreis. Innovative Mobilitätskonzepte, die Umsetzung der Digitalisierung, die Schaffung von attraktiven Wohnumgebungen – all dies seien Ansätze, um die Lebensqualität in ländlichen Gebieten zu steigern.

Gleichzeitig eröffnet die sich wandelnde Arbeitswelt neue Chancen, um die Abwärtsspirale aus Abwanderung, alternder Bevölkerung und dem Verlust von Infrastruktur zu stoppen. Die Ausweitung mobiler, digitaler und vor allem wohnortnaher Arbeitsformen steigert die Attraktivität des Wohnens auf dem Land – speziell für den hoch qualifizierten Teil der Bevölkerung und junge Familien, die sodann von den niedrigen Lebenshaltungskosten auf dem Land profitieren. Ein befragter Kommunalpolitiker wünscht sich die entsprechenden (finanziellen) Mittel, um zukünftig verstärkt Anreize für junge Familien zu schaffen, beispielsweise durch kostenfreie Kitaplätze.

Miteinander statt gegeneinander: Eine starke demokratische Kultur

Die demokratische Kultur in Sachsen wird von den Interviewpartner*innen als im Vergleich zu Westdeutschland schwächer bewertet. Einer der wesentlichen Gründe hierfür liegt offenbar in dem niedrigeren Vertrauen, das die Menschen im Freistaat der Landes- und Bundesregierung im Vergleich zu anderen rechtsstaatlichen Institutionen entgegenbringen, beispielsweise den Gerichten oder der Polizei. Dabei ist auffällig, dass die Qualität der Regierungsarbeit am Abbau von Ungleichheit und an der Leistungsfähigkeit des Sozialstaats gemessen wird (Dorothee Spannagel: 2018). Somit bilden die Verbreitung von Wohlstand und die Angleichung der Lohn- und Rentenniveaus in „Ost“ und „West“ direkte Hebel, um die politische Legitimität der Landes- und Bundesregierung zu stärken.

Hinsichtlich der Erwartung, dass Einkommensunterschiede zukünftig wachsen und die Lebensrealitäten der Menschen sich dadurch noch weiter voneinander entfernen, gilt es, die demokratische Kultur in Sachsen zu stärken. Der Verlust des sozialen Zusammenhalts stellt für

die Menschen in Sachsen eine der größten Zukunftssorgen dar. Um dieser Befürchtung entgegenzuwirken, bedarf es nach Ansicht der Befragten konstruktiver Dialoge über die Gestaltung des gesellschaftlichen Miteinanders – vor allem außerhalb der Echokammern, in denen sich Gleichgesinnte zusammenfinden und sich in ihren Überzeugungen lediglich bestärken. Ein Aufbrechen der Filterblasen birgt die Chance die gesellschaftliche Polarisierung zu überwinden und die Energien gemeinsam nach vorn zu lenken.

„Den Bürger*innen muss bewusst werden, dass sie verantwortlich sind für das Land, das wir haben und zukünftig haben werden.“

Zur Methodik der Studie



Die Methodik der Wahrnehmungsstudie folgt einem explorativen Forschungsdesign mit qualitativ-empirischer Herangehensweise: Statt von bestehenden Hypothesen und Theorien auszugehen, werden in einer offenen Herangehensweise Phänomene und Muster herausgearbeitet. Die Basis für diesen Prozess bilden Aussagen, die zuvor in persönlichen Interviews gesammelt werden.

Dieser Ansatz unterscheidet sich damit grundlegend von den Methoden der quantitativen Sozialforschung, die ihre Daten mithilfe von standardisierten Frage- und Antwortmöglichkeiten erhebt. Die Vorteile der quantitativen Forschungsmethoden – die Verallgemeinerbarkeit der erhobenen Daten sowie die Wiederholbarkeit der Erhebung und der Auswertung – würden das Erkenntnisinteresse dieser Studie jedoch schnell an Grenzen führen. Durch standardisierte Verfahren sind Vertiefungen und Nachfragen zu den erhobenen Daten nicht möglich, sodass tiefergehende Wahrnehmungen in der Regel unentdeckt bleiben und die soziale Realität nur oberflächlich abgebildet werden kann.

Das explorative, offene Vorgehen der qualitativen Forschung hingegen stimuliert das Denken außerhalb vorgegebener Muster. Auf diese Weise lassen sich bisher unbekannte Sinnzusammenhänge und Sachverhalte ermitteln, die subjektive Perspektiven und soziale Hintergründe der Befragten einschließen. Die hohe inhaltliche Aussagekraft der generierten Daten – hier in persönlichen Gesprächen – ermöglicht eine Schärfung der Konturen gesellschaftlicher Realitäten, Phänomene und Muster. Die selektive Auswahl der Gesprächspartner*innen („Fokusgruppe“) orientiert sich an den Qualitätskriterien Relevanz, Substanz und Diversität:

- ▶ Relevanz bezieht sich auf die Vertrautheit der Befragten mit jenen Themen, die derzeit die gesellschaftlichen Diskurse prägen und die für möglichst viele Zielgruppen von Bedeutung sind;
- ▶ Substanz schließt die Fähigkeit der Befragten ein, die gesellschaftlich relevanten Themen auf eine hinreichend tiefe und abwägende Art zu betrachten sowie inhaltliche Zusammenhänge und jeweilige Einflussfaktoren in ihrer Komplexität zu erfassen;
- ▶ Diversität impliziert eine zufriedenstellende Breite von Themen und Perspektiven, die durch die ausgewählten Interviewpartner*innen abgedeckt werden, sodass die Studie ein möglichst umfassendes Gesamtbild der sächsischen Gesellschaft zeichnen kann.³³

Befragte nach Geschlecht (n=20)³⁴

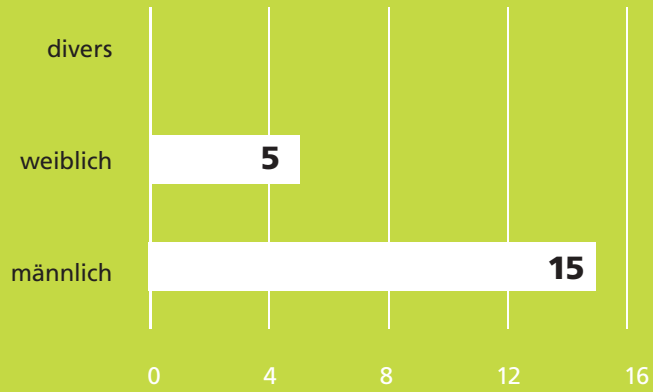


Abbildung 1

Befragte nach Altersgruppe (n=20)

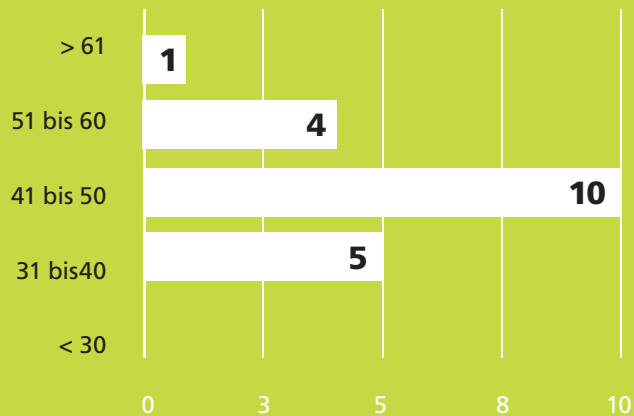


Abbildung 2

Befragte nach Gesellschaftsbereich (n=20)

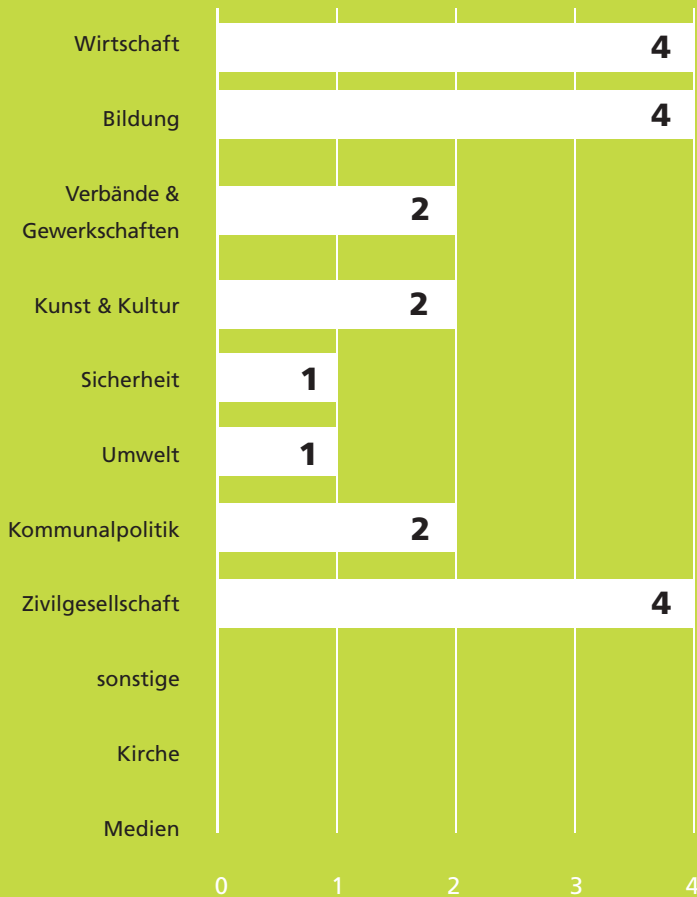


Abbildung 3

³³ Die schlussendlich erzielte Heterogenität innerhalb der Fokusgruppe erweist sich zum Teil als lückenhaft. Neben der fehlenden Perspektive der Altersgruppe unter 30 ließen sich keine Perspektiven aus dem Vogtlandkreis und aus dem Landkreis Meißen generieren. Zudem sind Befragte aus den Gesellschaftsbereichen „Medien“ und „Kirche“ in der Studie nicht vertreten. Die allgemeine Kontrastierung der Fokusgruppe wird dennoch als hinreichend vielfältig bewertet, um eine möglichst umfassende Perspektive auf die Gesellschaft in Sachsen zu erzielen.

³⁴ Trotz erhöhter Anstrengungen, das Geschlechterverhältnis in der Gruppe der Interviewten auszugleichen, sind die männlichen Befragten überproportional stark vertreten.

Befragte nach Landkreis/kreisfreier Stadt (n=20)

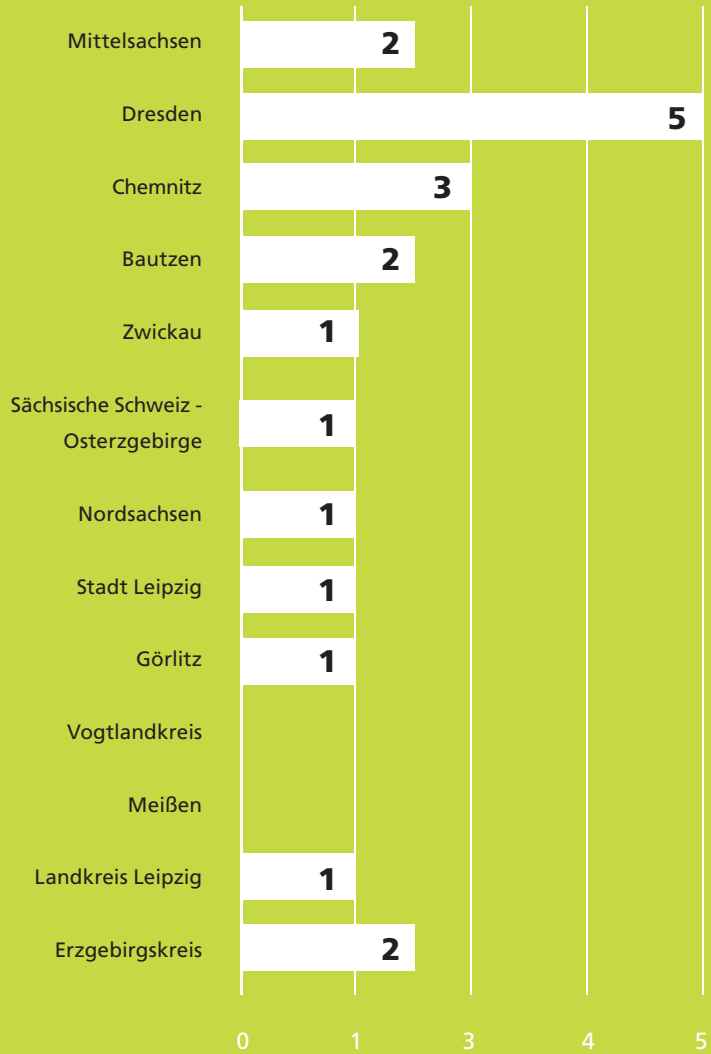


Abbildung 4

Datenerhebung in persönlichen Interviews

Die Sammlung der Wahrnehmungen der ausgewählten Personen erfolgte in persönlichen Interviews mit einer Dauer von je sechzig bis neunzig Minuten.

In den Interviews wurde ein halbstrukturiertes Verfahren angewendet. Neben einer gewissen Anzahl von Leitfragen im eröffnenden und schließenden Teil des Gesprächs wählten die Teilnehmenden im Hauptteil des Interviews aus einer Reihe von Themenvorschlägen selbst die inhaltlichen Schwerpunkte. So wurde sichergestellt, dass jene Fragestellungen in den Fokus rückten, zu denen die Teilnehmenden inhaltlich – mit größerem Tiefgang – Wissen abrufen konnten, beziehungsweise jene Themenfelder in der Befragung abgedeckt wurden, die bei den Interviewpartner*innen spontan das stärkste Interesse hervorriefen.

Themenangebot im Hauptteil des Interviews

Innere Sicherheit	Umwelt
Wissenschaft und Forschung	(Aus-) Bildung
Wirtschaft	Politische Ordnung
Zuzug, Migration und Asyl	Kunst und (Sub-) Kultur
Glaube und Religion	Gesellschaftliches Engagement
Medien und öffentliche Meinung	Technologie und Innovation
Sozialer Zusammenhalt	Gesundheit und Wohlfahrt
Sonstiges (wildcard)	

Abbildung 5

Großer Wert wurde auch auf den Fluss des Interviews gelegt, der sich an der natürlichen Erzähllogik der Interviewten orientierte. Zu einer der Aufgaben der Interviewer*innen zählte es, den Gesprächsfluss behutsam zu fördern, ohne selbst richtungsbestimmend einzugreifen oder gar eigene Bilder beizusteuern.

Im Vordergrund steht bei dieser Herangehensweise primär das Nachvollziehen und Verstehen der individuellen Perspektiven der Befragten. Um die für diese Methode nötige theoretische Bereitschaft herzustellen und Einheitlichkeit in der praktischen Umsetzung bestmöglich zu gewährleisten, wurden die Interviewer*innen im Vorfeld der Erhebung geschult. Im Rahmen der Interviews wurde ein identisches Set an Interviewmaterial verwendet und derselbe Ablauf eingehalten.

Jedes einzelne Interview wurde mit einer offenen Eingangsphase gestartet, in der freie Assoziationen und Bilder zu Sachsen im Vordergrund standen. Die zweite Phase bot den Befragten die Möglichkeit, aus vierzehn Themenfeldern (zzgl. eines Optionsfeldes „wildcard“) frei zu wählen. Die vierzehn Themenfelder in der Kernphase der Interviews wurden so gewählt, dass sich darin alle wesentlichen Funktionsbereiche der Gesellschaft wie auch relevant erscheinende Querschnittsthemen (z. B. Migration) wiederfinden. In der wieder offen gehaltenen Schlussphase wurden die Befragten gebeten, ein inhaltliches Resümee zu ziehen und über Zukunftserwartungen und Empfehlungen zu sprechen.

Erwartungsgemäß haben die Themenfelder unterschiedlich viele Aussagen auf sich vereint. Daraus können zwar gewisse Schlüsse gezogen werden, die Interpretation ist aber aufgrund des pseudo-statistischen Charakters dieser qualitativen Erhebung mit besonderer Vorsicht durchzuführen. Im Vordergrund dieser Methode steht die inhaltliche Qualität der Aussagen.

Aussagen nach Beobachtungsfeld (n=734)

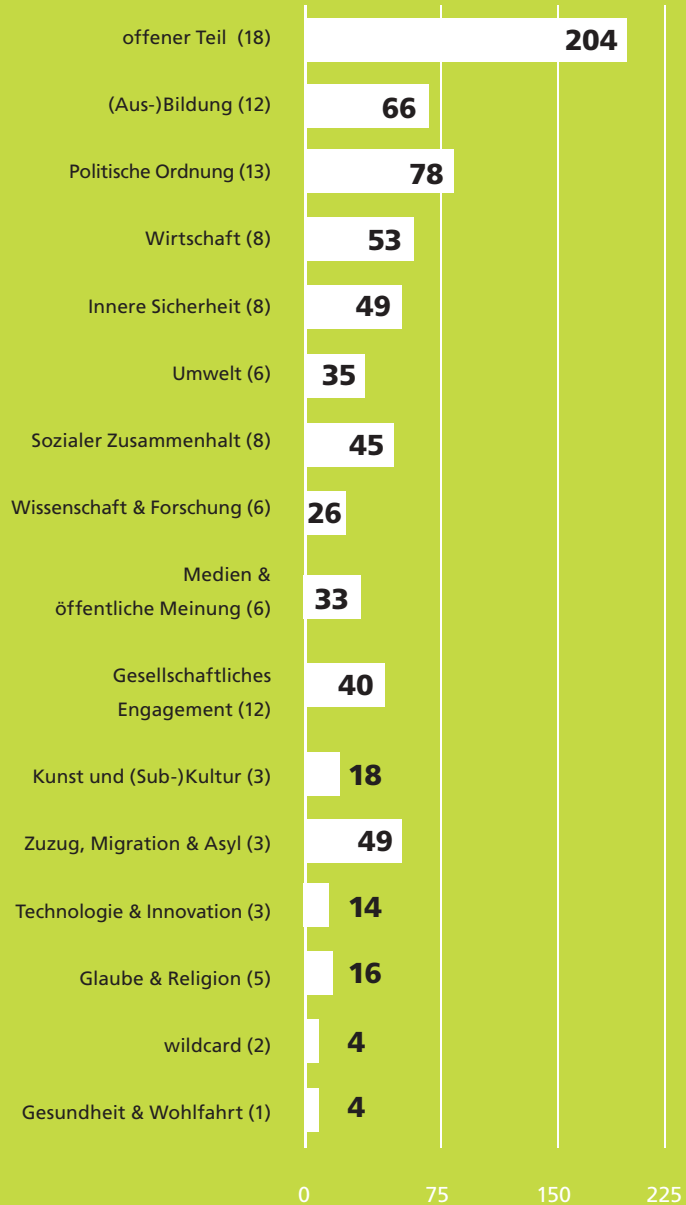


Abbildung 6

Im Nachgang der Gespräche wurde keine wortwörtliche Transkription vorgenommen. Stattdessen waren alle Mitglieder des Projektteams angehalten, inhaltlich bereits verdichtete Kernaussagen zu dokumentieren. Die Dokumentation fand in einem vorstrukturierten Auswertungsbogen statt, in dem eine unmittelbare Zuordnung zu einem der fünfzehn Themenfelder ebenso wie die Kodierung nach Aussagearten (z. B. Beschreibung, Stärke, Schwäche, Empfehlung etc.) erfolgte.

Auswertung der erhobenen Daten

Ein Blick auf die wesentlichen Parameter der Erhebung bietet einen guten Einstieg in die Beschreibung des Auswertungsprozesses. Zwischen November 2018 und Januar 2019 fanden insgesamt 19 Interviews statt – ein Gespräch wurde mit zwei Befragten gleichzeitig geführt. Mit insgesamt 734 gesammelten Kernaussagen ergibt sich eine durchschnittliche Anzahl von etwa 39 Kernaussagen pro Interview.

Bei dieser nichttheoriegeleiteten, explorativen Studie lag die Hauptaufgabe der Datenauswertung darin, Aussagen aus den unterschiedlichen Perspektiven und gesellschaftlichen Sektoren nach darin enthaltenen Phänomenbeschreibungen zu sichten, Aussagen mit demselben Phänomenbezug zusammenzuführen und die darin enthaltenen Facetten bestmöglich nachzuvollziehen, um daraus ein Gesamtbild herzustellen.

Die grundsätzliche Schrittfolge hatte – vereinfacht dargestellt – folgende Struktur:

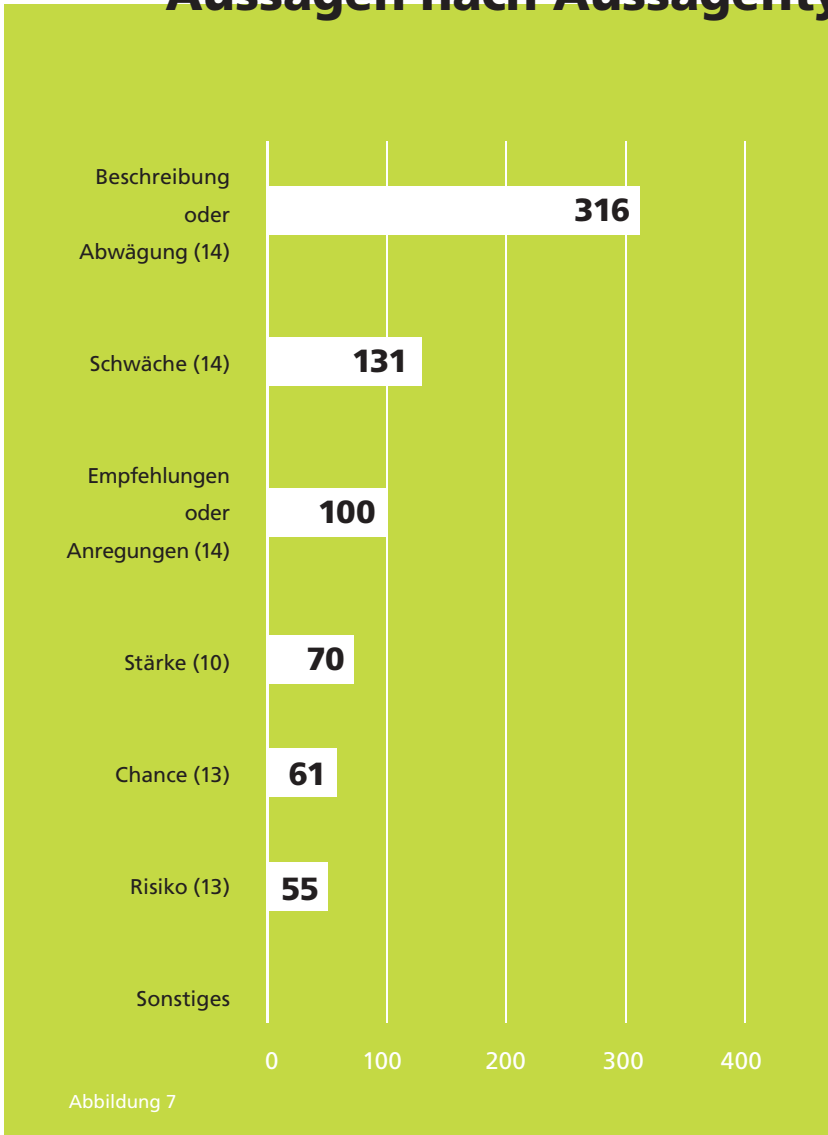
1. Bestimmung und Sichtung des Ausgangsmaterials (Korpus)
2. Festlegung der Richtung und des Ablaufs der Analyse
3. Strukturierung und Generalisierung der Daten
4. Formulierung relevanter Hypothesen
5. Interpretation und Überprüfung der Ergebnisse

Die **734 Kernaussagen** aus den Interviews bildeten das Ausgangsmaterial, das dem Auswertungsteam in Form von Kärtchen und Listen aufbereitet vorlag. Andere Quellen wurden ausschließlich ergänzend zu diesen Daten verwendet.

Richtung und Ablauf der Analyse orientierten sich an der qualitativen Zielsetzung der Studie. Im Fokus stand die Identifikation der auffälligsten und interessantesten Phänomene innerhalb der gesellschaftlichen Debatten in Sachsen. Es wurde also nicht eine Beschreibung eines einzigen Phänomens entwickelt, sondern zunächst frei von vorgegebenen Such- oder Denkstrukturen nach Aussagen gesucht, die sich mit weiteren Aussagen aufgrund ihrer inhaltlichen Nähe zusammenführen ließen.

Dafür ist es von Bedeutung, nach Aussagetypen zu unterscheiden – ob es sich also um eine bloße Beschreibung, eine Bewertung oder etwa eine Empfehlung handelt. Typisiert nach diesen Kategorien, ergibt sich folgende Gesamtverteilung der Kernaussagen:

Aussagen nach Aussagentyp (n=734)



Die daraus entstehenden Muster wurden im zentralen Analyseschritt immer weiter angereichert, bis sich an der jeweiligen inhaltlichen Stelle das dazu passende Datenmaterial erschöpfte. Die auf diese Weise entstandenen Muster wurden ihrerseits wieder in ein Gesamtbild gebracht. Dabei wurde nicht statistisch generalisiert, also nicht von der Stichprobe auf die Grundgesamtheit geschlossen (sample-to-population), sondern analytisch generalisiert. Bei der analytischen Generalisierung werden aus Einzelfällen sichtbar gewordene Phänomene durch induktiven Rückschluss, Abstraktion und konfirmatorische Belege Konzepte erarbeitet, denen man eine breitere Bedeutung unterstellt. In einem gewissen Umfang spielte auch Fallübertragbarkeit eine Rolle (case-to-case transferability).

Bei der Fallübertragbarkeit handelt es sich um eine Form der Generalisierung, bei der durch eine Ähnlichkeit von personenbezogenen Merkmalen (z. B. junge Kulturschaffende) oder anderen Kontextfaktoren (z. B. Raum, Zeit, Milieu) Rückschlüsse von einem Einzelfall für einen anderen Fall oder eine Gruppe herangezogen werden können. Das auf diese Weise strukturierte Datenmaterial bildete den Ausgangspunkt für die weitere Bearbeitung.

Die Formulierung von Hypothesen stellte den ergebnisorientierten vierten Schritt der Auswertungsarbeit dar. Dabei wurde das vorstrukturierte Material erneut tiefgehend gesichtet und eine hypothesenartige Zusammenfassung in Form von Kurztexen erarbeitet, die schließlich zur weiteren redaktionellen Ausarbeitung zur Verfügung standen. Dabei ist anzumerken, dass Generalisierung und Hypothesenbildung in qualitativen Studien vor allem zwei Prüffragen standhalten müssen: Sind die entwickelten Annahmen ausreichend durch das Datenmaterial belegt? Würde man bei wiederholter Analyse bzw. mit anderen Analyst*innen zu denselben Ergebnissen kommen? Angespielt wird damit vor allem auf das Risiko unreifer, ungeprüfter Schlüsse („beim Aha-Effekt stehenbleiben“), die entstehen können, wenn der Reflexionsprozess nach Bequemlichkeitskriterien beendet wird statt nach einer theoretischen Sättigung. Zudem muss möglichst ausgeschlossen werden, dass man aufgrund von subjektiver Voreingenommenheit nur künstlich hergestellte Zusammenhänge entwickelt. Schließlich sind selbst bei umfassenden qualitativen Studien oft die Kontextinformationen nicht differenziert genug verfügbar, um Fallübertragbarkeit annehmen zu dürfen.

Die Interpretation und Überprüfung der Ergebnisse geschah daher auf mehreren Ebenen: Zum einen wurden bereits während der Vorbereitungs- und Auswertungswshops die erzielten Ergebnisse einer kritischen inhaltlichen Würdigung unterzogen. Zum anderen wurde bei Erstellung des Studienberichts immer wieder auf das Rohmaterial zurückgegriffen, um formulierte Annahmen zu überprüfen und gegebenenfalls weiter zu präzisieren.

Schließlich wurde beim Verfassen des Studententexts darauf geachtet, dass die angebotenen Schlussfolgerungen und Hypothesen nicht als Wahrheiten dargestellt werden, sondern als Gedankenanstoß für eigene Interpretationen und Ableitungen der Leserinnen und Leser.

Das Ergebnis ist die hier vorliegende Wahrnehmungsstudie.

Herausgegeben von:

Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie e.V.
(RAA Sachsen e.V.)

Bautzner Straße 45, 01099 Dresden

E-Mail: sachsen2030@raa-sachsen.de

Webseite: www.raa-sachsen.de

Die Wahrnehmungsstudie ist online verfügbar unter:

www.sachsen2030.net

Weitere Druckexemplare können beim Herausgeber angefordert werden.

Dresden, 2019